Nr. 26. — 37. Jahrgang.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk., von der Post abgeholt 1,25 Mk., von der Post ins Haus gebracht 1,50 Mk.
Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.
Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.
Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.
Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Dienstag, 1. März 1910.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 178.
Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.
Druck von Breer & Thiemann, Hamm.
Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Erstes Blatt.

Stichwahl in Mülheim-Wipperfürth -Gummersbach.

† **Mülheim** (Rhein), 26. Febr. Bei der heute stattgehabten Reichstagsstichwahl im Kreise Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach erhielt Oberlandesgerichtsrat **Marx** (Ztr.) 21 496 und Schriftsteller **Erdmann** (soz.) 13 382 Stimmen.

Das Zentrum hat also mit starker Majorität über die vereinigten Sozialisten und Liberalen gesiegt. Gegen die Hauptwahl hat das Zentrum 1121 Stimmen mehr erhalten: man könnte versucht sein, anzunehmen, dieses Mehr an Stimmen rühre aus dem christlich sozialen Lager her. Dem scheint aber nicht so zu sein. Vielmehr darf man annehmen, daß diese 1121 Stimmen zum größten Teile aus dem Zentrumslager selbst stammen. Zum Beweise führen wir nur die Ergebnisse aus einigen Orten an. In **Mülheim** (Stadt) wurden abgegeben bei der Hauptwahl 4132 Zentrum, 20 Christlich Sozial; in der Stichwahl erhielt Zentrum 4296, also 164 mehr. Selbst wenn man annimmt, daß die 20 Christlich Sozialen alle für den Zentrumskandidaten stimmten, so bleiben immer noch 144 Stimmen übrig, welche das Zentrum aus eigener Kraft aufgebracht hat. **Berg-Gladbach** brachte in der Hauptwahl 1951 Stimmen, christlich soziale Stimmen wurden keine abgegeben. In der Stichwahl erhielt das Zentrum 2028, also 77 mehr. **Bensberg**: Hauptwahl 1762, Christl.-Sozial nichts; Stichwahl Zentrum 1841, also 79 mehr. Fast in allen Orten ist die Stimmenzahl des Zentrums gegen die Hauptwahl gestiegen, obwohl in den meisten Orten gar keine christlich sozialen Stimmen vorhanden waren. An einigen Orten sind allerdings auch christlich soziale Stimmen dem Zentrum zugute gekommen. Mindestens 80 Prozent der in der Stichwahl gegen die Hauptwahl mehr aufgebrachten Stimmen rühren aber aus dem Zentrumslager selbst her. Der Kandidat der Umsturzpartei erhielt gegen die Hauptwahl etwa 2400 Stimmen, die zum allergrößten Teile aus dem liberalen Lager stammen. Die Unterstützung des Sozialdemokraten durch ihren Verbündeten ist etwas gering, wenn man bedenkt, daß die liberale Parteileitung das Eintreten für den Sozialdemokraten empfohlen hatte. Anscheinend ist die Mehrzahl der liberalen Wähler vernünftiger gewesen, als ihre Führer und sind der Parole nicht gefolgt. Die Jungliberalen, auf deren Betreiben hin die Parole für den Sozialdemokraten ausgegeben wurde, haben in der Stichwahl also eine noch größere Niederlage erlitten, als in der Hauptwahl.

Das Zentrum aber, das in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach die erste Schlacht nach der Verabschiedung der Reichsfinanzreform zu schlagen hatte, hat diese Schlacht glänzend gegen seine vereinigten Gegner gewonnen.

Preußischer Landtag.

× **Berlin**, den 27. Februar.

Im Abgeordnetenhause stand das Thermometer am Samstag für eine Stunde auf Sturm. Anfänglich war der Himmel heiter, dann aber zogen plötzlich dunkle Wolken am Horizont auf, und es donnerte heftig. Auch Blitze fuhren hernieder, aber sie richteten keinen Schaden an. Der Zentrumsabgeordnete Graf **Praschma** kam auf die Ostmarkenpolitik zu sprechen und erzählte unter dem stürmischen Gelächter des ganzen Hauses eine Geschichte, die sich in der Körungskommission eines Ostmarkenkreises zugetragen hat. In diesem Ostmarkenkreise konnte die Körungskommission nicht konstituiert werden, weil die Mitglieder und auch der Landrat sich mit einem polnischen Gutsbesitzer nicht einigen konnten. Und der betreffende Landrat, der mit in die Affaire verwickelt war, saß da unten auf den freikonservativen Bänken und seine Gesichtsmuskeln arbeiteten lebhaft — ein die ganze Affaire nur in heiterem Sinne behandelt hatte. Sofort stürzte der betreffende Landrat es ist Herr v. Kardorf — zum Rednerpult und polemisierte dort in äußerst heftigem Tone gegen das Zentrum. Es mutete recht sonderbar an, daß Herr v. Kardorf sich zugunsten einer Einigung aller Deutschen in der Ostmark außerordentlich ins Zeug legte, in seiner Rede aber eine der stärksten Parteien dieses Hauses in einer Weise vor den Kopf stieß, die nicht gerade als eine Einladung zur Einigkeit betrachtet werden kann. Als er es gar wagte, dem Zentrum Unwahrhaftigkeit und Verlogenheit vorzuwerfen, da hub im Zentrum ein minutenlanger Entrüstungssturm an und auch die Mitglieder der Partei des Hrn. v. Kardorf schienen in diesem Moment der Ansicht zu sein, daß der Herr Landrat eigentlich wenig Begabung zum Politiker hat. Derartige Anwürfe, wie sie sich Herr v. Kardorf geleistet, können jedoch nicht einmal die Stiefelsohlen des Zentrums erreichen und Graf Praschma tat ganz recht daran, als er erklärte, auf diese Ausführungen nicht eingehen zu können und dem Hause das Urteil über ein solches Vorgehen überlassen zu müssen. Dann klärte sich der Himmel wieder und der Etat des Ministeriums des Innern nahm seinen Fortgang. Besondere Aufmerksamkeit fanden eigentlich nur noch der Zentrumsabg. Dr. **Faßbender** und der Sozialdemokrat Dr. **Liebknecht**. Ersterer verlangte ein Waffengesetz für das ganze Reich und letzterer hatte sich das Berliner Polizeipräsidium aufs Korn genommen. Um 4 Uhr fand es Herr Dr. **Porsch** an der Zeit, dem Hause Vertagung vorzuschlagen. Am Montag geht die Beratung weiter. Außerdem steht für diesen Tag der Vergetat zur Beratung.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etat des Innern.

Abg. Dr. **Grunenberg** (Z.) fordert die Errichtung eines Standesamts in der Gemeinde Günningfeld.

Abg. **Switalla** (Pol.) führt Klage, daß die Standesbeamten der polnischen Landesteile sich weigern, die weiblichen Namen mit der Endung „ka" in das Standesamtsregister einzutragen.

Minister **von Moltke** erwidert, daß nach einer Kammergerichtsentscheidung verfahren werde, die dieses „ka" nicht zulasse.

Abg. **Brors** (Z.) bringt den Bensberger Bürgermeisterfall zur Sprache und bedauert, daß bei Besetzung der betr. Bürgermeisterstelle Gemeinderat und Kreisausschuß nicht befragt worden seien. Schließlich fordert Redner eine Reform der Bestimmungen über die Ernennung der rheinischen Landbürgermeister.

Ein **Regierungsvertreter** antwortet, das der Oberpräsident in der Bensberger Angelegenheit korrekt verfahren sei. Die Reform der rheinischen Landbürgermeisterernennung solle bei der Frage der Landgemeindeordnung zur Sprache gebracht werden.

Abg. **von Gosler** (K.): Ich muß der Behauptung entgegentreten, als ob die Landräte verpflichtet seien, eine einseitige konservative Politik zu treiben. Gewiß soll der Landrat sich nicht in extremer Weise politisch betätigen, aber man darf es ihm doch nicht verwehren, gelegentlich einmal einen Wahlaufruf zu unterzeichnen oder seine Ansicht über den Wert oder Unwert wirtschaftspolitischer Anschauungen der Freisinnigen zu äußern.

Abg. Graf **Praschma** (Z.): In einem Kreise des Ostens lebt ein angesehener Rittergutsbesitzer, der es zum Vorsitzenden der Kreisstörungskommission gebracht hat. Bei den letzten Landtagswahlen kam zwischen den in dem Kreise zahlreich vertretenen Polen und den deutschen Katholiken ein Kompromiß zustande und der genannte Herr gab seine Stimme im Sinne dieses Kompromisses ab. Bald nachher erhielt er vom Landrat die amtliche Mitteilung, daß die übrigen Mitglieder der Kommission ihr Amt niedergelegt hätten, weil infolge seiner Abstimmung bei den Landtagswahlen ein gedeihliches Zusammenwirken nicht mehr möglich sei. (Hört! Hört! im Zentrum.) Als im Frühjahr 1909 die Zeit der Bullenkörung herankam, da erschien eine Verordnung des Regierungspräsidenten, wonach mit Zustimmung des Bezirksausschusses die Körordnung für den Kreis aufgehoben wurde. Also, weil der Mann seine Stimme für den Kompromißkandidaten abgegeben hatte, wird für den Kreis einfach die freie Stuhlbiebe proklamiert (Große Heiterkeit.) und es werden für den Kreis die Segnungen der Körordnung außer Kraft gesetzt. Inzwischen ist ja wieder eine neue Körordnung erlassen worden, aber die Sache hat neben aller Humoristik doch auch eine ernste Seite. Ich frage, ist es richtig, aus einer solchen politischen Stellungnahme derartige weitgehende gesellschaftliche und amtliche Konsequenzen zu ziehen? Wir werden uns ganz gewiß nicht über die prinzipiellen Fragen unserer Ostmarkenpolitik einig; aber wenn wir im übrigen das gleiche Ziel verfolgen, zum Besten des Vaterlandes zu wirken, so sollten wir uns doch wenigstens darüber verständigen, daß derartige Verhetzungen unterbleiben. (Beif. im Zentrum.)

Abg. v. **Kardorf** (Fk.): Auf die hier zur Sprache gebrachte Angelegenheit will ich hier nicht eingehen. (Aha! im Zentrum.) 1908 hat das Zentrum in meinem Kreise eine Agitation entfaltet voll solcher Gehässigkeit, wie ich solches in meinem Leben noch nie gesehen. Da wurden die Wunden des Kulturkampfes mit Gewalt wieder aufgerissen. (Zuruf aus dem Zentrum: Beweise! Langanhaltender Lärm.) Da wurde von den Leuten gesagt, wenn sie nicht den von Zentrum und Polen aufgestellten Kompromißkandidaten wählten, würde ihren Kindern der Glaube aus dem Herzen gerissen. Nein, der Glaube wurde ihnen nicht aus dem Herzen gerissen, aber Sie (zum Zentrum) reißen den Leuten die Vaterlandsliebe aus dem Herzen! (Lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Das Zentrum hat mit einer solchen Masse von Unehrlichkeit und Verlogenheit gearbeitet, daß die Leute gar nicht mehr wußten, woran sie hielten. Ja, Sie haben sogar die Wahl des Abg. Korfanty unterstützt. Der ganze Hintergrund Ihrer Politik ist nichts wie Mandatschacher und Machthunger. (Lebh. Widerspruch im Zentrum.) Wenn die Katholiken, die nicht auf die Zentrumspolitik schwören, von den Polen an die Wand gedrückt werden, so ist das Ihnen egal. Und gerade ein einiges Zusammenstehen aller Deutschen ist angesichts der von den Polen betriebenen Bewegung dringend notwendig, andernfalls sind unsere ganzen Bemühungen und Erfolge der letzten Zeit verloren.

Abg. Graf **Praschma** (Z.): Ich muß meinem lebhaften Bedauern Ausdruck geben über die Art, wie der Abg. v. Kardorf die von mir behandelte Affaire auf ein anderes Gebiet hinüberzuspielen verstanden hat. Ich überlasse es dem hohen Hause darüber zu urteilen, inwieweit ich zu einer so heftigen Rede die Veranlassung gegeben habe. Die Behauptung, daß wir den Abg. Konfanty unterstützt hätten, ist unrichtig.

Abg. **Lippmann** (Freis. Vp.) polemisiert gegen die landrätliche Betätigung zugunsten der konservativen Partei. Wenn irgendwo ein Landratsamt zu besetzen sei, so sei der Mann von den Konservativen schon lange vorher ausersehen.

Abg. v. **Böhlendorff** (K.) wendet sich mit Entschiedenheit gegen die vom Vorredner seiner Partei gemachten Vorwürfe. Sagen die Konservativen zu einer Vorlage einmal Ja, dann seien sie Ja-Brüder, sagen sie aber nein, dann werden sie als Rebellen bezeichnet. Redner fordert dann, daß bei den Wahlen zum Kreistage die Grundsteuer wenigstens zur Hälfte angerechnet werde.

Abg. Dr. **Wiemer** (Fr. Vgg.): Zur Erklärung der Tatsache, daß die höheren Verwaltungsbeamten ausschließlich aus den Reihen der Konservativen genommen werden, wird angeführt, daß die konservative Partei die einzige sei, die jederzeit für die Wahrung der Staatsautorität eingetreten sei. Zunächst war das bei der gegenwärtigen Situation dem Zentrum gegenüber eine kleine Unvorsichtigkeit. Wo blieb die Wahrung der Staatsautorität bei der Beratung der Handelsverträge und vor allem bei der Finanzreform? Sie (zu den Konservativen) also sind die gottgewollte Staatsautorität, von der die Regierung abhängt! (Heiterkeit.)

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt der

Abg. **Krawinkel** (Nl.): Zu den gestrigen Ausführungen des Abg. Gronowski möchte ich folgendes bemerken: Es ist unrichtig, daß die Nationalliberalen in Gummersbach die Parole ausgegeben hätten: Gegen das Zentrum! Es ist lediglich die Parole ausgegeben worden, die Sache laufen zu lassen. Gleichzeitig wurde in der Versammlung das Vorgehen der Nationalliberalen in Mülheim einmütig mißbilligt.

Das Kapitel „Landräte" wird bewilligt.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung von Berlin" bemerkt

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Die Berliner Polizei steht mit dem russischen Spitzeltum auf bestem Fuß. Beweis: Die Berliner Polizeiverwaltung hat im Jahre 1905 eine russische Lesehalle aufgehoben und einen Teil der Russen ausgewiesen. Damit schnitt sie sich aber ins eigene Fleisch, denn sie benahm sich die Möglichkeit, die Russen fernerhin so gut zu kontrollieren, wie dies in der russischen Lesehalle möglich war. Später wollte die Berliner Polizei, nachdem sie die begangene Dummheit eingesehen, die Russen veranlassen, wieder eine Lesehalle zu gründen, aber diese gingen nicht auf den Leim. Später wurde aber wieder eine Lesehalle gegründet, und es steht so ziemlich fest, daß diese russische Leschalle im Einverständnis der Berliner Polizei von russischen Polizeispitzeln ins Leben gerufen wurde. Besser wäre es, die ganzen Spitzel zum Lande hinauszuwerfen.

Abg. **Faßbender** (Z.) fordert reichsgesetzliche Regelung des Waffenhandels und Waffentragens.

Minister v. **Moltke**: Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß die Mißstände im Waffenhandel und Waffentragen nur durch Reichsgesetz aus der Welt geschafft werden können.

Montag 11 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung und Vergetat.

Abgerechnet

hat in der Donnerstagssitzung des Abgeordnetenhauses der Abg. **Gronowski** (Zentr.), Arbeitersekretär in Dortmund, mit den Nationalliberalen und Sozialdemokraten. Er hielt den beiden Brüdern folgendes Sündenregister vor:

Wenn der Abg. Frhr. von Zedlitz in diesem hohen Hause den Appell richten zu müssen glaubte, daß alle bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie einig zusammenstehen sollten, dann darf es aber nicht vorkommen, daß von bürgerlichen Parteien, wie das noch dieser Tage in Gummersbach geschehen ist, die Parole ausgegeben wird: Gegen das Zentrum für die Sozialdemokratie! An uns ist also der Appell des Frhrn. von Zedlitz nicht nötig, wohl aber an andere (zeigt mit dem Finger nach links). Nun einige Worte über die Germanicus-Affäre. Wenn unsere Weltanschauung verhöhnt wird und wir in unserem Protest von einer anderen Partei unterstützt werden, so ist es nicht gerecht, von einem gemeinsamen Vorstoß zu sprechen. Als vorhin der Abg. Strosser davon sprach, daß die Sozialdemokraten Versammlungen der Gegner sprengen, da rief einer der sozialdemokratischen Abgeordneten: „Niemals sind von uns Versammlungen gesprengt worden." Ich weiß nicht, ob die Sozialdemokraten hier harmloser sind, als bei uns im Industriegebiet. Aber ich kann jedenfalls nicht glauben, daß Sie (zu den anwesenden Sozialdemokraten) zum „Klub der Harmlosen" gehören. (Heiterkeit.) Ich kann jedenfalls sagen und auch den Beweis dafür erbringen, daß mir in meiner agitatorischen Tätigkeit schon mehr als eine Versammlung gesprengt worden ist. Vor dem hohen Hause und der breiten Oeffentlichkeit will ich hier an der Hand eines Flugblattes beweisen, zu welchen Mitteln die Sozialdemokratie in ihrem Kampfe greift. In diesem Flugblatt wird der Abgeordnete Brust beschuldigt, er habe sich von den Grubenbesitzern mit 30 000 ℳ bestechen lassen. (Hört, hört!) Gerichtlich ist festgestellt, daß die Gewerkschaftsleitung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes um dieses Flugblatt gewußt, eine Verbreitung aber nicht verhindert hat. Wenn Sie so gegen uns kämpfen, können Sie überzeugt sein, daß eine Gemeinschaft zwischen christlich-nationalen Arbeitern und Ihnen überhaupt niemals denkbar ist. Der Verwaltungsbeamte Spaniol und ein anderer Beamter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes haben das verleumderische Flugblatt in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" drucken lassen.

Abg. **Leinert** ruft: Das ist eine Verleumdung!

Vizepräsident Dr. **Porsch**: Ich bitte dringend, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. **Leinert**: Dann soll er die Wahrheit sagen.

Vizepräsident Dr. **Porsch**: Herr Abgeordneter, wegen dieser Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. **Gronowski** (fortfahrend): Ich finde es merkwürdig, daß der Abgeordnete Leinert hier sagt, ich solle bei der Wahrheit bleiben. Ich bin mit der Wahrheit noch nicht in Konflikt gekommen. Ich bitte Sie, Herr Leinert, sich so streng an die Wahrheit zu halten, wie ich und meine Parteifreunde. Dann werden wir schon miteinander auskommen. Nun wieder etwas über Wahlen. Am 18., 19. und 20. November 1909 fanden in Dortmund Kommunalwahlen statt. Bei dieser Wahl sind in einem Wahllokal eine ganze Kolonne Betriebsbeamten gewissermaßen als Kontrolleure aufgestellt worden. Ja, selbst neben dem Wahltisch hatten Grubenbeamte Platz genommen, um die Arbeiter zu kontrollieren. Das ist seitens der Nationalliberalen ein schlimmer Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Macht zu politischen Zwecken. Es kam zur Stichwahl, und hier zeigte sich, daß die Sozialdemokraten fast bis zum letzten Mann für die nationalliberale Partei gestimmt haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch unter Hinweis auf einen Fall in Altenessen, wo bei der Stichwahl die Wähler durch die Polizei aus dem Wahllokal gejagt worden sind, betonen, daß auch die Polizei nicht dazu da ist, Aufruhr und Wirrwarr hervorzurufen. In dem Falle, den ich im Auge habe, ist der Tisch lediglich infolge des Druckes der nachschiebenden Menschenmassen umgefallen. Ich möchte den Herrn Minister bitten, dafür zu sorgen, daß im Ruhrrevier nur ganz zuverlässige, besonnene Polizeibeamte angestellt werden. (Bravo! im Zentrum.) Die Herren Friedberg und Schmieding haben gegen das Zentrum, besonders gegen das rheinisch westfälische Zentrum, eine Reihe von Vorwürfen erhoben, die nicht unerwidert bleiben können. Zunächst hat der Abg. Schmieding gesagt, dem Zentrum falle es schwer, seine Wähler an seiner Fahne zu halten. Für diese Behauptung hat Herr Schmieding den Beweis nicht erbracht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es mag ja sein, daß infolge der unglaublichen Verhetzung seitens der Gegner der eine oder andere Wähler zu den Sozialdemokraten abgeschwenkt ist, aber das gibt noch niemandem das Recht zu behaupten, daß die Arbeiterkreise, die bisher zum Zentrum gehörten, diesem untreu zu werden geneigt wären. Redner beleuchtet an Hand einiger Beispiele die Art der gegnerischen Agitation, mit der man die Zentrumswähler kopfscheu zu machen versucht habe, und erklärt dann: Ich spreche hier auch als Arbeiter und kann sagen, daß die Zentrumspolitik so tief in den Herzen der Arbeiter Wurzel gefaßt hat, daß sie mit derartigen Mitteln nicht diskreditiert werden kann. Von uns sind die Arbeiter nicht abgeschwenkt, aber ich erinnere Sie (zu den Nationalliberalen) daran, daß Sie im Jahre 1908

ganz Deutschland abgesucht haben, um einen nationalliberalen Arbeiterkandidaten zu finden.

(Sehr richtig und Heiterkeit im Zentrum.) Es wird dann ferner gesagt, daß wir den Kulturkampf nötig hätten, um unsere Partei zusammenzuhalten. Demgegenüber möchte ich doch vor allem daran erinnern, daß das Zentrum seit dem Nachlassen des eigentlichen Kulturkampfes ganz gewaltig gewachsen ist. (Sehr richtig im Zentrum.) Was uns zusammenhält, was uns groß macht, das ist nicht etwa der Kulturkampf, das ist unsere Weltanschauung, die uns mahnt, alle Stände gleichmäßig zu verteten und alle Stände in unsere Reihen aufzunehmen. (Zuruf des Abg. Friedberg: Sittard!) Hier ist nicht der Ort, Angriffe auf Leute zurückzuweisen, die gar nicht hier sind. (Sehr richtig im Zentrum, Zuruf des Abg. Dr. Friedberg.) Herr Friedberg, ich begreife nicht, wie ein so alter Parlamentarier so nervös werden kann bei der Rede eines so jungen Abgeordneten. (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.) Herr Schmieding hat hier von uns verlangt, wir sollten uns auflösen. Wir sind ja keine Unmenschen, aber das ist doch etwas zu viel verlangt, daß wir

aus Liebe zu den Nationalliberalen Selbstmord begehen

sollten. (Heiterkeit und Zustimmung im Zentrum.) Solange wir nicht in jeder Hinsicht mit den Protestanten gleich behandelt werden, sollte man an uns eine solche Forderung gar nicht stellen. Im übrigen sind wir und fühlen wir uns als deutsche Bürger und als solche wollen wir auch geachtet und gewürdigt werden. Unduldsamkeit sollten uns vor allem nicht diejenigen vorwerfen, die selbst vor 25 Jahren in diesem hohen Hause die traurigsten Beispiele von Unduldsamkeit gegeben haben. Wir Katholiken werden tatsächlich auch noch heute nicht den Protestanten gleich behandelt. In Dortmund beispielsweise gibt es unter 9 Stadträten nur einen Katholiken, und selbst diesen einzigen hat man noch vorher mit Röntgenstrahlen durchleuchtet, ob er auch nur gar kein Zentrumsmann wäre. Und unter den 12 unbesoldeten Stadträten gibt es nur zwei Katholiken. Es ist uns vorgeworfen, daß wir die Nationalliberalen nicht immer gegen die Sozialdemokratie unterstützt hätten. 1907 hätte das Zentrum in Dortmund-Hörde Wahlenthaltung empfohlen. Selbst wenn wir damals unseren Wählern empfohlen hätten, für den nationalliberalen Kandidaten zu stimmen und sämtliche Wähler hätten diese Aufforderung befolgt, so wäre die Mehrheit für den Nationalliberalen eine ganz problematische gewesen. Welcher Partei aber ist es überhaupt möglich, alle ihre Wähler, Mann für Mann für den ausgesprochenen politischen Gegner an die Wahlurne zu bringen? Und das hätte für uns nach den Beschimpfungen möglich sein sollen, die uns von nationalliberaler Seite zuteil geworden sind? Wir sollten den Absatz küssen, der uns getreten? Redner verliest einen Artikel der „Dortmunder Ztg." gegen das Zentrum, und zeigt dann ein Bild, das ihm von dem nationalliberalen Parteibureau zugeschickt worden ist. Das Bild stellt einige Zentrumsabgeordnete Hand in Hand mit sozialdemokratischen Abgeordneten dar, während Kirchenfürsten im Hintergrunde dem so dargestellten Bunde ihren Segen geben. Ein anderes Bild stellt den Papst Hand in Hand mit Bebel dar. Der Redner zeigt ein solches Bild vor. (Abg. Friedberg ruft: Wer hat das denn gemacht?) Das nationalliberale Parteibureau. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Ach, meine Herren, mir ist das Bild von dem nationalliberalen Parteibureau zugeschickt worden, und deshalb mache ich das Parteibureau dafür verantwortlich. Man wird es verstehen, wenn man unter solchen Umständen unseren Wählern Stimmenthaltung empfiehlt. Darum ist aber die Behauptung, wir seien Bundesgenossen der Sozialdemokraten, nicht minder unberechtigt. Wenn wir zufällig in irgend einer Angelegenheit mit den Sozialdemokraten stimmen, so kann man daraus doch nicht folgern, daß wir deren Bundesgenossen sind. Auch die Konservativen haben schon gelegentlich mit den Sozialdemokraten gegen die Regierung gestimmt; so müßte man konsequenter Weise auch sie als Bundesgenossen der Sozialdemokraten bezeichnen. Sie dagegen (zu den Nationalliberalen) haben noch gestern in Mülheim die Wahlparole ausgegeben: Gegen das Zentrum! (Ruf: Nein, nein! bei den Nationalliberalen.) Doch, Sie haben die Parole ausgegeben: Niemand für das Zentrum! Sodann ist zum Beweise unseres Bündnisses mit der Sozialdemokratie angeführt, daß wir mit der Sozialdemokratie in Briefwechsel ständen. Das ist durchaus nicht der Fall; vielmehr sind wir Kandidaten aus dem Ruhrrevier von

sozialdemokratischen Wählern gefragt worden, brieflich gefragt worden, wie wir in der preußischen Wahlrechtsfrage ständen. Ich denke, da war es doch unsere Pflicht, zu antworten, und wir haben also in einer Rückantwort mitgeteilt, daß wir für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintreten wie das Zentrum. (Zuruf links: Auch heute noch?) Auch heute noch! Wir haben auch geantwortet, daß wir für eine neue Einteilung der Wahlkreise eintreten. (Heiterkeit und Rufe: Tun Sie ja gar nicht! bei den Nationalliberalen.) Wir haben auch 1906 der Neueinteilung zugestimmt; wenn uns nicht alle Wünsche erfüllt werden, so können wir nichts dafür, passiert Ihnen doch übrigens auch. Als Sie 1907 in die Wahlschlacht zogen, gingen Sie (zu den Nationalliberalen) breitspurig einher und rühmten sich, nunmehr die Führung im Reich und in Preußen übernehmen zu wollen (Heiterkeit), und als die Wahl zu Ende war, hatten Sie einen Verlust von 12 Mandaten und liefen umher wie begossene Pudel. (Erneute schallende Heiterkeit.)

In Dortmund sind die Sozialdemokraten durch Ihre Schuld in den Besitz von vier Stadtverordnetenmandaten gekommen. (Hört! Hört!)

Redner weist an Hand umfangreicher Beweismittel den Nationalliberalen noch eine Reihe anderer Fälle nach, wo sie den Sozialdemokraten hilfreich unter die Arme griffen. Diese Begünstigung der Sozialdemokraten durch die Nationalliberalen hatte zur Folge, daß in Dortmund 6 Zentrumsleute aus dem Stadtverordnetenkollegium herausgedrängt worden sind. Das wäre niemals möglich gewesen, wenn die „Liberalen" die Absicht gehabt hätten, eine bürgerliche Partei zu unterstützen. Nun will ich noch kurz zeigen, wem die Nationalliberalen eigentlich Wahlhilfe geleistet haben. Als der

Kaiser am 11. August die Hohensyburg

besuchte, freute sich die ganze Gegend dieses hohen Besuches. Die sozialdemokratische Dortmunder „Arbeiterzeitung" aber brachte es fertig, dem Monarchen folgenden Willkomm entgegenzurufen: **„Dem Staat in seiner heutigen Form hat die Sozialdemokratie den Kampf angesagt; ihn zu unterwühlen, die Wurzeln seiner unheilvollen Macht zu untergraben, gehört zu den vornehmsten Aufgaben des klassenbewußten Proletariats. Die Rotte grüßt Dich, die Elenden grüßen Dich, die Reichsfeinde grüßen Dich, die vaterlandslosen Gesellen grüßen Dich, Cäsar."** (Hört, hört! im Zentrum.)

Und diesen Leuten leisteten die Nationalliberalen Wahlhilfe.

(Hört, hört! und lebhafte Bewegung!) Die Hetzartikel Ihrer Presse werden die Zentrumsleute nicht irre machen; wir werden uns in Zukunft noch fester zusammenschließen und unsere ganze Stoßkraft benutzen, um dieses unnatürliche Gebilde bei der ersten besten Gelegenheit, zu zerschmettern. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Stürmische Heiterkeit erregten die folgenden Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Ecker-Winzen, der dem Abg. Gronowski antwortete.

Abg. **Ecker-Winsen** (nl.): Wir waren auf die schweren Angriffe des Abg. Gronowski nicht gefaßt und haben daher auch kein Material zur Hand, um den Zentrumsredner zu widerlegen. Wir werden aber auf die Angriffe des Abg. Gronowski zurückkommen. Herr Gronowski hat behauptet, die nationalliberale Partei habe im Wahlkreise Mülheim-Gummersbach die Sozialdemokratie unterstützt. Das ist nicht richtig. Die nationalliberale Wahlparole lautete: „Freiheit der Stimmabgabe, keine Stimme dem Zentrum!" (Ungeheure, minutenlange Heiterkeit.) Die nächsten Ausführungen des Redners gehen in dem schallenden Gelächter unter.

Nicht minder scharf ging mit dem rot blauen Block der konservative Abg. Dr. Hahn ins Gericht. Er führte u. a. aus:

Während der Rede des Herrn Wachhorst de Wente hat mich ein sehr eigenartiges Gefühl berührt. **Ich bin nämlich schuld daran, daß Herr Wachhorst de Wente jetzt im Reichstag sitzt.** (Große Heiterkeit.) Auch der Abg. Böhme ist durch meine Schuld in den Reichstag gekommen. (Erneute Heiterkeit.) Der Abg. Wachhorst de Wente hat mir vorgeworfen, ich hätte mich dem Zentrum zu Füßen gelegt, und als einzigen Beweis für seine Behauptung wußte er nichts weiteres anzuführen, als daß ich stundenlang im Reichstage mit dem Abg. Erzberger spazieren gegangen sei. (Schallende Heiterkeit.) Was nun die Vorwürfe des Abg. Wachhorst de Wente anlangt, so haben wir stets betont, daß wir die nationalliberale Partei als solche durchaus gelten lassen. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Aber wer ist denn schuld daran, wenn wir mit der Mehrheit der nationalliberalen Fraktion nicht mehr zusammenarbeiten können? Das sind Sie (zu den Nationalliberalen durch Ihre Stellungnahme bei der Reichsfinanzreform. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Daran ist das bedauerliche Wort des Abg. Bassermann von dem „Raubzuge auf die Taschen der Steuerzahler" schuld. (Sehr richtig! rechts, Rufe bei den Nationalliberalen: Unwahrheit! Lüge! Wurde nie gesagt!) Das Wort ist durch die ganze Presse gegangen. Aber selbst, wenn es nicht wahr sein sollte, so haben Sie (zu den Nationalliberalen) durch Ihr Verhalten während und nach der Reichsfinanzreform den Riß verursacht, der durch unsere Politik geht. (Sehr richtig! rechts. Unruhe bei den Nationalliberalen.) Sie haben die Bevölkerung durch Ihre irreführende Hetze verwirrt. Aber der Gegenstoß wird nicht ausbleiben. Durch unsere Aufklärungsarbeit öffnen wir der Bevölkerung die Augen, und immer mehr wird erkannt, daß alle gegen die Reichsfinanzreform erhobenen Vorwürfe und Anklagen haltlos sind. Den Schaden von Ihrer Hetze (zu den Nationalliberalen) werden nicht wir, sondern Sie haben. (Sehr richtig! rechts.) Die Aeußerungen des früheren Ministers v. Hammerstein hat den Bund der Landwirte gar nicht gemeint. Der Bauernbund sollte doch den Mut haben, sich als das zu bekennen, was er ist: Ein nationalliberaler Wahlverein. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Was es uns unmöglich gemacht hat, mit den Nationalliberalen zu gehen, ist, daß diese neuerlich in allen Farben schillern. (Sehr richtig! rechts.) Geradezu lächerlich ist es, wenn uns die Nationalliberalen vorwerfen, wir gingen mit den Sozialdemokraten zusammen. Nein, das tun wir nicht, das tun Sie! (Sehr richtig! rechts.) Ich höre eben, daß die Nationalliberalen in Mülheim-Wipperfürth die Parole ausgegeben haben, keine Stimme dem Zentrum zu geben, sondern für den Sozialdemokraten zu stimmen. (Lebhaftes Hört, hört! rechts und im Zentrum.) Na, meine Herren Nationalliberalen, ich gratuliere Ihnen zu diesem Erfolg. Das können ja schöne Wahlen für Sie nächstens werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich kenne manchen nationaliberalen Mann, der empört ist, daß Sie (zu den Nationalliberalen) so oft mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Machen Sie nur so weiter, dann werden wir sehen, wohin wir treiben. (Sehr richtig! rechts.) Ganz unrichtig ist es, wenn der Abg. Wachhorst de Wente behauptet, die Nationalliberalen hätten allen landwirtschaftlichen Gesetzen mit zur Annahme verholfen und in viel höherem Grade daran mitgearbeitet als andere Parteien. Es hat wohl der eine oder andere Redner Ihrer Partei für solche Vorlagen gesprochen, aber die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion hat fast immer gegen diese Vorlagen gestimmt. (Sehr richtig! rechts.) Mit aller Entschiedenheit muß ich mich gegen den ganz gemeinen Vorwurf, ein Renegat zu sein, wehren. Nicht ich habe meine Meinung geändert, sondern Sie (zu den Nationalliberalen) haben Ihre Grundsätze verleugnet. Sie haben ja erst bei der Reichsfinanzreform wieder das „National" vergessen, der Nation die nötigen 500 Millionen Mark verweigert (Sehr richtig! rechts.) Sie haben es auch jetzt wieder in Mülheim-Wipperfürth getan, und das ist die Ursache, wenn nationalliberale Männer zu Tausenden sich von Ihnen abwenden. (Sehr richtig! rechts, Unruhe bei den Nationalliberalen.) Sie wollen aber nicht erkennen, daß Ihr Zusammengehen mit der Sozialdemokratie Ihr Ende bedeutet. (Sehr richtig! rechts.) Die erste Wirkung Ihrer Politik haben Sie ja in Mülheim-Wipperfürth erlebt, wo rund 3000 Wähler von Ihnen zu den Sozialdemokraten übergegangen sind. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Herr Wachhorst de Wente, fahren Sie nur ruhig so fort! Eine Weile wird man Ihnen vielleicht noch glauben, aber es wird nicht lange mehr dauern, sobald man nachdenkt, wird man erkennen, daß Sie ganz außer stande sind, eine fruchtbare Politik zu treiben. Bei den vorigen Wahlen war es uns noch möglich, den Wählern zu empfehlen, 50 Nationalliberalen ihre Stimme zu geben. Durch Ihre Steuerhetze haben Sie es aber jedem deutschen Landwirt unmöglich gemacht, Ihnen seine Stimme zu geben. Wir sehen dem nächsten Wahlkampfe mit Zuversicht entgegen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Tages-Ereignisse.

× **Berlin, den 27. Februar.**

Der kronprinzliche Beifall. Wir lesen im Reichsboten: „In Sondershausen wurde dieser Tage von der Berliner Operetten-Gastspiel-Gesellschaft die Operette des jüdischen Schriftstellers Leo Fall: „Die geschiedene Frau" aufgeführt. Als der Direktor wegen der Aufführung dieses frivolen, von unsittlichen Situationen angefüllten Stückes zur Rede gestellt wurde, sagte er zu seiner Entschuldigung, daß Se. kaiserliche Hoheit der Kronprinz mit seiner Gemahlin die Vorstellung dieser Operette im Theater des Westens besucht und dabei applaudiert hätte. Wir werden gefragt, ob das wahr sei, damit man diese dort viel besprochene Behauptung dementieren könne. Wir wissen es nicht, aber unsere königlichen Prinzen, welche öfter in solchen Theater-Vorstellungen gesehen werden, sollten daraus entnehmen, daß das im Lande in königstreuen Kreisen einen befremdlichen Eindruck macht, zumal die Theater solche Besuche als Reklame für ihre Aufführungen zu benutzen pflegen."

‡ **Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes** ergibt einige Zahlen von allgemeinerem Interesse. Es waren danach im letzten Jahre 27,1 Millionen Personen gegen Unfall versichert. 653 376 Unfälle wurden angemeldet, 136 441 erstmalig entschädigt. Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherungen hatten 76 000 Berufungen und 39 000 Anträge auf anderweite Feststellung der Renten zu erledigen. Bei der Invalidenversicherung kennt man die Zahl der Versicherten nicht. Die Versicherung hat in den 22 Jahren ihres Bestehens bisher aus Beiträgen 187 Millionen Mk. eingenommen. Am Schlusse 1909 hatten die Versicherungsträger insgesamt ein Vermögen von 1½ Milliarden Mk.

‡ **Die Erfolge der Antialkoholbewegung** fallen allmählich erheblich in die Augen. Im Bereich der norddeutschen Brausteuergemeinschaft ging der Malzverbrauch in den ersten 9 Monaten des Jahres 1909 auf 4 933 441 Doppelzentner zurück, das sind 12 % weniger als im Jahre vorher. Die Einfuhr fremder Biere ging um 17 % bei Faßbier und 20 % bei Flaschenbier zurück.

Ein Budget, aus dem man lernen kann. In der sozialdemokratischen Neuen Zeit veröffentlicht ein unverheirateter Genosse sein Jahresbudget, der Mann hat insgesamt 1045 ℳ ausgegeben, davon 69,05 ℳ für Verbandsbeiträge und 22,23 ℳ für Steuern insgesamt. Die Verbandsbeiträge waren also über dreimal so hoch wie die „unerschwinglichen Steuern". Außerdem gab der Genosse aus für „Vereinsbeiträge" 9,30 ℳ, für „Literatur" 57,59 Mark, für „Bildungsmittel" 13,25 ℳ, für Streikunterstützungen 3,70 ℳ und für den Bau einer roten Turnhalle 5 ℳ. Von seinem Jahreseinkommen hat also dieser Genosse 157,89 ℳ, also fast ein Fünftel der Gesamteinnahme direkt oder indirekt der Sozialdemokratie geopfert.

Genossen unter sich. Seit einiger Zeit streiten sich die Sozialdemokraten **Kautsky** (Neue Zeit) und **Umbreit** (Korrespondenzblatt der Gewerkschaften) herum. Jetzt schreibt Kautsky unter anderem: „Zweierlei nur gibts, hat Umbreit recht, dann verdiene ich nicht länger den Ehrennamen eines Sozialdemokraten und noch weniger ein Vertrauensamt in der Partei, dann bin ich ein ehrloser Fälscher. Bin ich es nicht, dann ist Umbreit ein schamloser Verleumder."

Wohnungsgeldzuschüsse der Staats- und Reichsbeamten.

Entsprechend seiner in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses abgegebenen Erklärung, wonach die Regierung es für geboten hält, eine Uebereinstimmung der Regelung der Wohnungsgeldzuschüsse für die preußischen unmittelbaren Staatsbeamten mit der für die Reichsbeamten neu eingeführten baldmöglichst herbeizuführen, ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg." meldet, der Finanzminister mit den Vertretern der Fraktion in einen Meinungsaustausch über diese Frage eingetreten. Dabei hat sich ergeben, daß die Ansichten innerhalb der meisten Fraktionen geteilt sind. Ein Teil der Abgeordneten wünscht baldige Einführung der reichsgesetzlichen Regelung, um so schnell als möglich der Mehrzahl der preußischen Beamten die daraus sich ergebenden Vorteile zu verschaffen und die Unzuträglichkeiten zu beseitigen, die sich aus der gegenwärtigen Verschiedenheit der Regelung für Preußen und das Reich ergeben. Der andere Teil hegt gegen die Einführung der reichsgesetzlichen Regelung Bedenken, weil in der Ortsklasseneinteilung des Reichs eine Reihe von Orten einer im Range niedrigeren Ortsklasse zugeteilt sind, als gegenwärtig in Preußen, sodaß, wenn auch kein Beamter eine Kürzung seiner augenblicklichen Gesamtbezüge erleiden soll, die Tarifsätze für die betreffenden Orte sich verringern würden. Es darf angenommen werden, daß auf der Grundlage dieser Besprechung innerhalb der Staatsregierung alsbald Entschließung über das weitere Vorgehen getroffen werden wird.

Zu der Parole der Nationalliberalen im Wahlkreise Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach schreibt die „Deutsche Tageszeitung":

„Es ist kein Wort der Kennzeichnung für dieses Vorgehen zu scharf. Wenn Liberale und Nationalliberale es fertig bringen, in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie Vorübungen für die gewaltsame Revolution veranstaltet, für die Wahl eines Kandidaten der Sozialdemokratie mittelbar oder unmittelbar zu wirken, so verraten sie damit einen Mangel an politischer Einsicht und nationaler Gesinnung, der geradezu ungeheuerlich ist. Unseres Erachtens muß die nationalliberale Gesamtpartei bezw. ihr Vorstand zu diesem Beschlusse entsprechend Stellung nehmen. Geschieht das nicht, so wird man schließlich denen Recht geben müssen, die bereits jetzt der Meinung sind, daß die nationalliberale Partei den Anspruch verwirkt hat, zu den nationalen Parteien gerechnet zu werden. Nur das eine Gute dürften die Beschlüsse haben, nämlich das, daß sich die nationalliberalen Kreise und Wähler, die sich zum Schleppträger der Sozialdemokratie nicht hergeben und erniedrigen wollen, von der jetzigen Führung der Partei frei machen — der jetzigen Führung, von der schon Benningsen vorausgeahnt und vorausgesagt hat, daß sie die Partei in Grund und Boden ruinieren werde."

Freisinn und Wahlrecht.

□ **Der tiefere psychologische Grund für die scharfe Opposition** der freisinnigen Presse gegen den Kommissionsbeschluß auf indirekte und geheime Wahl ist wohl zu suchen in ihrem Aerger darüber, daß der Linksliberalismus bei dieser Angelegenheit wieder mal **versagt** und sich hat **matt setzen lassen,** während Zentrum und Konservative, just dieselben Parteien, die auch die Finanzreform im Reichstage schließlich zustande gebracht haben, auch jetzt im Abgeordnetenhause sich wieder zu einer wichtigen politischen Aktion zusammengefunden haben. Daher das Gezeter über diese neueste Tat des „schwarz-blauen Blocks".

In ihrer **Ohnmacht** sucht die „Vossische Ztg." bei der Regierung Hilfe, indem sie bestrebt ist, dieselbe gegen den Beschluß der Kommission scharf zu machen. Sie schreibt:

„Es gibt Leute, die meinen, das Staatsministerium sei mit von der Partie, obwohl ihr das Konzept aus der Hand geschlagen wird. Hat nicht der damalige Staatssekretär Sydow, als der schwarze Block die „Finanzreform" der verbündeten Regierungen selbstherrlich umgestaltete, dienstwillig das Material geliefert? Die gegenwärtigen Minister haben solche Uebungen am kaudinischen Joch machen müssen, daß vermutet wird, ihr Nacken werde eine neue Probe bestehen. Andere Beobachter urteilen anders über den leitenden Staatsmann und seine Mitarbeiter und halten eine löbliche Unterwerfung unter die demütigen Machtgebote der Firma Heydebrand-Erzberger für ausgeschlossen: eher werde Herr v. Bethmann Hollweg seinen Abschied nehmen, als daß er seinen Namen unter ein Gesetz stelle, das ein Hohn auf seine Vorlage und seine Reden sei."

An anderer Stelle sucht das Blatt das Zentrum und die Konservativen unsauberer Machenschaften zu verdächtigen, indem es schreibt:

„Freilich, die Konservativen verlangen für den Verzicht auf die öffentliche Abstimmung einen Preis. Sie wollen die indirekte Wahl beibehalten. Es ist nicht recht zu erkennen, ob es ihnen wirklich vornehmlich an der Einrichtung der Wahlmänner liegt, und ihnen dabei das Zentrum ein Opfer bringt, oder ob mehr dem Zentrum an der geheimen Wahl gelegen ist und die Konservativen ihm einen Liebesdienst erweisen wollen. Genug, die schwarzen Blockbrüder sind über den „kombinierten Antrag einig geworden. Leistung und Gegenleistung! Zug um Zug!"

Auch die freikonservative „Post" schlägt in diese Kerbe und meint, das Zentrum habe den Konservativen das Wahlrechtskompromiß nur vorgeschlagen, um ihnen die Verwerfung der Vorlage im ganzen zu ermöglichen, ohne daß das Zentrum direkt dazu mitwirke. Durch die Beibehaltung der indirekten Wahl solle den Anhängern des gleichen und direkten Wahlrechts, also Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen, die Möglichkeit, für die umgemodelte Vorlage zu stimmen, genommen und solle so bei der Schlußabstimmung eine Majorität aus Konservativen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen gegen die ganze Vorlage zusammengeführt werden. Das Zentrum würde dann bei der Ablehnung unbeteiligt sein und natürlich erklären, daß es sein Möglichstes für die Durchsetzung der geheimen Wahl getan. So etwas mag Politik nach dem Rezepte eines Freiherrn von Zedlitz sein, das Zentrum kennt solche Schleichwege nicht.

Im übrigen wird weder die Regierung sich durch die freisinnigen Hetzereien in ihrem Urteil beeinflussen, noch werden die angegriffenen Parteien sich von dem Wege abbringen lassen, den sie als den richtigen erkennen. Wir stimmen der „Kreuzzeitung" bei, wenn sie den Anwurf der „Vossischen Ztg." mit den Worten abtut:

„Ein armseliger Standpunkt ist es, den hier die „Vossische Ztg." vertritt. Das „Geschäftchenmachen" liegt jenen freisinnigen Blättern einmal im Blut. Sie können sich nicht denken, daß die Rücksicht auf das Gemeinwohl die Parteien zusammenzuführen vermag, sondern wittern dahinter stets irgend ein Profitchen, das sie am liebsten selber einstecken möchten."

Ein schwerer Hereinfall des Abg. Everling.

Bei der Beratung des Toleranzantrages trat der Abg. Everling für Braunschweig ein und kam auch auf Schöppenstedt zu sprechen. Seit einigen Jahren wird dort, der Genehmigung entsprechend, Gottesdienst abgehalten, und zwar in einem Wirtshaussaale, was für den Geistlichen auch wirklich nicht zu den Annehmlichkeiten seines Berufes gehört, da in demselben Saale Zirkusvorstellungen mit Tanzvergnügen, je nach der Jahreszeit, abwechseln. Alles zeigt eben den Charakter des Notbehelfs. Und sicherlich werden noch ungezählte Jahre durch das Braunschweiger Ländchen gehen, ehe hierin Wandel geschaffen werden kann und wird. Zum jedesmaligen Gottesdienst muß einer der Geistlichen von Wolfenbüttel nach Schöppenstedt fahren, muß Paramente usw. mitnehmen. Das ist der Tatbestand von Schöppenstedt. Und was sagte Herr Everling im Reichstage? Man staune über die Naivität, mit der er seinem Rombaß zum Opfer gefallen ist: „Der Regent von Braunschweig hat kürzlich erst die neugebaute, hübsche katholische Kirche in Schöppenstedt besichtigt." Und die braunschweigischen Abgeordneten, denen diese irrige Behauptung doch auffallen mußte, sie schwiegen! Damit hat Herr Everling der braunschweigischen Regierung wahrhaftig nicht den Dienst erwiesen, den er ihr erweisen zu können glaubte. Herr Everling mag sich für diese ihn gröblichst bloßstellende Information bestens bei seinem Bundesbruder bedanken, der ihm diesen Schabernack angetan hat. Die Angaben dieses Bundeshäuptlings sind also mit sehr großer Vorsicht aufzunehmen.

Die sozialdemokratischen Lehrer Bremens.

Der von der Bremer Disziplinarkammer mit der Strafe der Dienstentlassung belegte Lehrer Holzmeier hat unter der Bremer radikalen Lehrerschaft natürlich manche Gesinnungsgenossen. Wie weit der Radikalismus in der „Republik" Bremen bereits geht, zeigt folgender Glückwunsch, der nach der Meldung der Bremer Bürgerzeitung dem Abgeordneten Bebel aus dortigen Lehrerkreisen zugegangen ist:

Die aus Anlaß der Dienstentlassung des Genossen Lehrer Holzmeier versammelten sozialdemokratischen Lehrer Bremens entbieten dem Führer des Proletariats zu seinem 70. Geburtstage ihren herzlichsten Glückwunsch und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge.

Die sozialdemokratischen Lehrer Bremens.

Nur so weiter, freisinniges Bremen!

---

* **Karlsruhe,** 25. Febr. Die **Neuwahl im 38. Wahlbezirk,** welche durch die Ernennung des Zentrumsabgeordneten **Schmidt-Karlsruhe** zum Oberlandesgerichtsrat nötig geworden ist, findet bereits am 1. März statt. Die Vertrauensmänner des Zentrums haben den bisherigen Abgeordneten einstimmig wieder als Kandidaten aufgestellt. Die Nationalliberalen und Sozialdemokraten haben ebenfalls die früheren Kandidaten beibehalten. Die nationalliberale Kandidatur hat eine interessante Vorgeschichte, worüber dem Zentrum zwei nationalliberale Aktenstücke in die Hände geraten sind, welche für die ganze politische Entwickelung von symptomatischer Bedeutung sind. Der nationalliberale Generalsekretär Thorbecke hat unter dem 12. Februar an die nationalliberalen Vertrauensmänner des Bezirks ein Rundschreiben gerichtet, in welchem die Frage erörtert wird, ob die Nationalliberalen einen eigenen Kandidaten aufstellen sollen. Der Herr Generalsekretär meint, es sei nicht ausgeschlossen, den Zentrumskandidaten in die Stichwahl zu drängen, allerdings nicht mit den Nationalliberalen, sondern mit der Sozialdemokratie. Es ergebe sich daher die Frage, ob die Nationalliberalen den Sozialdemokraten ein weiteres Mandat verschaffen wollten. Schmidt gehöre immerhin noch zu den vernünftigen Zentrumsleuten, sei aber trotz alledem vollkommen Zentrumsmann. Die nationalliberale Parteileitung sei für Aufstellung eines eigenen Kandidaten, halte aber eine starke Agitation nicht für opportun, da die Nationalliberalen bei Nachwahlen in Baden durchweg keine guten Resultate erzielt hätten. Die Nationalliberalen beschlossen darauf in Muggensturm, einen eigenen Kandidaten aufzustellen und in allen Orten Versammlungen abzuhalten. Davon wurden die nationalliberalen und fortschrittlichen Vereine in Rastatt vom 19. Februar 1910 verständigt und aufgefordert, mit allem Nachdruck in die Agitation einzutreten, da es nicht ausgeschlossen sei, den bisherigen Zentrumsabgeordneten in die Stichwahl zu bringen. Im Anschluß daran wird der Agitationsplan entwickelt. Er ergibt sich also die löbliche Absicht der Nationalliberalen, **der Sozialdemokratie ein weiteres Mandat zuzuschanzen und** dazu alle Kräfte anzuspannen. Die Zentrumswähler in Rastatt-Land werden nach allem, was aus dem Bezirk verlautet, durch die Rechnung der Herren Nationalliberalen einen dicken Strich machen. Es bleibt aber bezeichnend, wie die Nationalliberalen in einem Moment, wo es sich nicht um Verhinderung einer konservativ-klerikalen Mehrheit handeln kann, der im Großblock mit ihnen verbundenen Sozialdemokratie ihre liebevolle Hülfe angedeihen lassen wollen. Die reizende Unterscheidung zwischen vernünftigen und unvernünftigen Zentrumsabgeordneten, welche das nationalliberale Generalsekretariat macht, wird man um so vergnügter notieren dürfen, als die Nationalliberalen im Endergebnis, man möchte fast sagen glücklicherweise, zwischen beiden keinen Unterschied machen. Wie bei den Sozialdemokraten die hypothetischen Bedenken des Generalsekretariats gegen ein zweites sozialdemokratisches Mandat aufgenommen werden, darauf darf man gespannt sein — wenn die Stilübung des Generalsekretärs nicht in der Stille korrigiert wird. Auf dem jungliberalen Parteitag in Bruchsal wurde das angenehme Zusammenarbeiten mit den Demokraten und Sozialdemokraten im Landtag in hohen Tönen gefeiert, die linksliberale Einigung begrüßt und unter stürmischem Beifall die Vereinigung aller Liberalen gefordert. Der Schwäbische Merkur meint dazu, das Zusammenarbeiten könne freilich angenehm sein, so lange man wie bisher den Bundesgenossen im Großblock einfach den Willen tue. In der Tat ist die nationalliberale Partei in Baden nur noch eine Hülfstruppe der Sozialdemokratie. Das zeigt aufs neue auch ihr Verhalten in Rastatt-Land. (Köln. Ztg.)

Kirche und Schule.

Diejenigen Gymnasial-Abiturienten, welche sich dem Studium der Theologie zu widmen gedenken, haben bis zum 27. März, Ostersonntag, ihr Gesuch um Aufnahme ins Paderborner Collegium Leoninum an den Vorstand der gen. Anstalt einzusenden und folgende Zeugnisse beizufügen: 1. Taufschein, 2. Firmungsschein, 3. verschlossenes pfarramtliches Sittenzeugnis, 4. Abschrift des Reifezeugnisses, 5. ärztliches Gesundheitsattest.

Westfalen — Rheinland.

Dülmen, 28. Febr. 1910.

* **Stadtverordneten Sitzung.** In der am Freitag nachmittag abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung kam zur Verhandlung: 1. Beschlußfassung über die Deckung des Kommunalsteuerdefizits und Festsetzung des Etats der Stadtkasse (Kämmereikasse) einschl. der Nebenetats und zwar des der städtischen Rektoratschule, der gewerblichen Fortbildungsschule und der katholischen und evangelischen Volksschule sowie der jüdischen Volksschule der Stadt Dülmen für das Rechnungsjahr 1910. Nach eingehender Beratung der vorbezeichneten Voranschläge, von welchen jedem Stadtverordneten ein Druckexemplar nebst Erläuterungsprotokoll zugestellt worden war, wurde beschlossen, die Etats zu genehmigen. Der Stadtkassen-Etat wurde in Einnahme und Ausgabe zur Summe von 174 422,20 ℳ und die übrigen Etats ebenfalls in der vom Magistrat vorgeschlagenen Weise festgesetzt: Das Defizit von 150 019,78 ℳ, welches hauptsächlich infolge der bedeutenden Mehrleistungen für Ausgaben der Volksschule 15 474 ℳ mehr beträgt wie im Vorjahre, soll wie folgt aufgebracht werden: a) durch eine Belastung der Einkommensteuer einschl. fingierter Steuersätze mit 210 Prozent, b) der Grundsteuer mit 230 Prozent, c) der Gebäudesteuer mit 230 Prozent; d) der Gewerbesteuer mit 230 Prozent; e) der Betriebssteuer mit 100 Prozent. Diejenigen Steuerpflichtigen bezw. Eingesessenen, deren jährliches Gesamteinkommen, der Betrag von 300 ℳ nicht übersteigt, werden wie früher von der Beitragspflicht entbunden. Gleichzeitig wurde beschlossen: 1. den Magistrat zu ersuchen, erneut zu prüfen, ob die Stadt Dülmen verpflichtet ist, unter Hinzurechnung eines Teiles des Steuersatzes des gemeindeeinkommensteuerfreien Herzogs von Croy zum Kreis- und Kommunal-Bedarf, welcher nach dem Steuersoll der Gemeind auf diese Weise verteilt wird, beizutragen; 2. Laternen hinter der Schloßparkmauer anzubringen 3. die Fortbildungsschulklassen sobald als möglich in städtische Schulgebäude zu verlegen; 4. dem vorliegenden Antrage des Kuratoriums des Franz Hospitals gemäß die Bäume an der Promenad

hinter dem Franz-Hospital entfernen zu lassen; 5. wurde dem ebenfalls vorliegenden Antrage des Kriegervereins gemäß beschlossen, den Magistrat in Vorschlag zu bringen, diejenigen Veteranen der Feldzüge 1864, 1866 und 1870—71, welche kein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 900 ℳ haben, von der Gemeindeeinkommensteuer zu befreien und zwar vom 1. April 1910 ab. Schließlich wurde von der Versammlung der Wunsch geäußert, daß die Kommission zur Einführung einer sogen. Grundsteuer nach dem gemeinen Wert in eine erneute Prüfung darüber eintreten möge, ob es nicht angezeigt sei, diese Steuerart in der Stadt Dülmen einzuführen. Als Ersatzmitglied wurde der Stadtverordnete Specht in die bestehende Kommission gewählt. Am Schluß folgte geheime Sitzung.

* **Jubiläums-Brunnen.** Das Bürgermeisteramt ersucht uns, mitzuteilen, daß die Liste der Zeichnungen für die Errichtung eines Monumentalbrunnens auf dem Marktplatze anläßlich der städtischen Jubelfeier i. J. 1911 nunmehr auf dem Rathause aufliegt und diejenigen Bürger, welche sich noch an der Ausführung des Projektes durch Zeichnung eines Beitrages beteiligen wollen, ersucht werden, sich in die Liste bis zum 15. März cr. einzutragen. Es sind bisher ungefähr 12 000 Mark gezeichnet worden. Das Komitee wird nunmehr zusammentreten, um über die Ausführung des Projektes näheres zu bestimmen. Die Sammlung der Beiträge soll im nächsten Quartal erfolgen.

* **Abiturientia.** Am Gymnasium zu Dorsten bestanden am Freitag sämtliche 25 Oberprimaner des städtischen Gymnasiums das Abiturienten-Examen, darunter auch die Studiosen Paul Trill und Christoph Sievert von Dülmen. Unsern Glückwunsch!

* **Personalnotiz.** Mit einer Abhandlung über den polnischen Faust promovierte in der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät zu Münster Herr cand. phil. Wilhelm Leppelmann, ein Sohn unseres Landtagsabgeordneten von Hamiecus bei Rorup, zum Doktor der Philosophie.

* **Das Leichenbegängnis** des am Mittwoch so jäh ums Leben gekommenen alten Veteranen, des Gutspächters Bertels, nicht Kötters, wie irrtümlich in voriger Nummer gemeldet wurde, fand heute morgen unter großer Beteiligung der Gemeindeeingesessenen und der Kriegsveteranen des Amtes statt.

* **3. Westfälischer Zuchtviehmarkt für Bullen am 31. März 1910 zu Hamm i. W.** Beginn am 31. März 1910, vormittags 9 Uhr. Die auszustellenden Tiere sind bis zum 10. März 1910 nur auf dem von der Landwirtschaftskammer kostenfrei zu beziehenden Anmeldebogen bei der Geschäftsstelle der Landwirtschaftskammer zu Münster i. W. anzumelden, von welcher ein Verzeichnis der angemeldeten Tiere einige Tage vor dem Markte gegen Einsendung von 30 Pfg. bezogen werden kann.

* **Ausfall des Vortragskreises für praktische Landwirte.** Der für den 1. bis 3. März d. Js. von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen in Münster angesetzte Vortragskreis für praktische Landwirte muß bei der ungenügenden Anzahl von Anmeldungen leider ausfallen und findet demzufolge nicht statt.

* **Westfälischer Provinzialsängerbund.** Auf Veranlassung des Bundesausschusses des westfälischen Provinzialsängerbundes waren die Schüler der Dortmunder Handwerkerschule zu einem Wettbewerb für ein Plakat zum 1. Bundesfest aufgefordert worden. Eingegangen waren 35 Entwürfe. Unter dem Vorsitze des Herrn Baurats Kullrich trat vorgestern das Preisrichterkollegium zur Abgabe des Urteils zusammen. Zum Ankauf empfohlen wurde der außer Preisbewerb gestellte Entwurf mit dem Motto „Rot" von C. Kunze. Den 1. Preis erhielt Hermann Schaefer, den 2. Preis Willy Stropp und einen Anerkennungspreis Spangenberg.

* **Zum Gerichtsassessor** ist ernannt der Referendar **Clemens Bayer** im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Hamm.

---

* **Coesfeld**, 25. Febr. Das Projekt des Elektrizitätswerkes ist jetzt soweit gediehen, daß laut „Coesf. Allg. Ztg." in den nächsten Tagen die Fragebogen für die Beteiligung an die in Frage kommenden Interessenten zur Verteilung gelangen.

-o- **Münster**, 27. Febr. Der 51. Westf. Provinziallandtag ist heute mittag 1 Uhr nach vorausgegangenem Gottesdienste im Dome und in der evangelischen Erlöserkirche im Landeshause hierselbst zu seiner diesjährigen Tagung zusammengetreten. Der Staatskommissar, Oberpräsident Staatsminister Exz. Frhr v. d. Recke v. d. Horst eröffnete die Tagung. Seine Exzellenz verlas eine Ansprache, in der zunächst der vorigjährigen Jubelfeiern der Grafschaften Mark und Ravensberg gedacht wird, in der die Provinz die Gesinnung der unwandelbaren Treue erneut habe versichern können. Sind wir doch, so heißt es dann weiter, alle darin einig, daß die gewaltige Entwicklung unserer Provinz, durch westfälische Tatkraft in unermüdlicher Arbeit errungen, nur unter dem machtvollen Schutze der preußischen Könige sich vollziehen konnte. Auch aus dem Berichte über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für 1908/09 werden Sie ersehen, daß die Provinz in den Bahnen gesunden und lebensvollen Fortschritts in allen Zweigen ihrer Verwaltung sich bewegt. Die Haushaltspläne für die Etatsjahre 1910 und 1911 werden Ihnen die befriedigende Gewißheit geben, daß die Erfüllung der wachsenden Kulturaufgaben der Provinz auch ohne Erhöhung der Umlagen in den nächsten Jahren möglich sein wird. Der Provinzialausschuß schlägt Ihnen vor, zum Zweck der Beschränkung der Zahl der Provinziallandtagsabgeordneten, der Kgl. Staatsregierung eine Abänderung der Provinzialordnung zu empfehlen. Sie werden zu überlegen haben, ob in dem Vorschlag eine richtige Abwägung der Interessen einer entsprechenden Vertretung der Kreiseingesessenen einerseits und der Rücksichten einer zweckmäßigen Gestaltung des Provinziallandtags anderseits zu erblicken ist. Die beabsichtigte Neuregelung der Gehälter der Provinzialbeamten ist eine Folge der Erhöhung der Besoldung der Staatsbeamten. Es wird Ihnen ein Besoldungsplan auf der Grundlage vorgeschlagen, daß den Provinzialbeamten durchweg mindestens das gleiche Gehalt gewährt wird, welches der entsprechenden Klasse der Staatsbeamten zuteil geworden ist. Die Ansprache schloß mit besten Wünschen für die Beratungen des Landtags. Nach Verlesung der Ansprache übernahm der Alterspräsident, Rentner Ant. Schenking-Laer das Präsidium und eröffnete die Verhandlungen des Landtags mit einem Hoch auf den König. Darnach erfolgte die Wahl des Präsidiums. Abg. Dr. Haarmann-Witten schlug die Wiederwahl des seitherigen Präsidenten, Exz. Dr. Frhrn. von Landsberg-Steinfurt vor. Dieser Vorschlag wurde mit allseitigem Bravo aufgenommen und der Präsidentenplatz alsbald mit einem hübschen Lorbeerkranz geschmückt, der in roten Rosen die Zahl 80, zum Gedächtnis des 80. Geburtstages des Präsidenten aufwies. Ebenfalls wiedergewählt wurde der bisherige zweite Vorsitzende, Oberbürgermeister Geheimrat Dr. Schmieding-Dortmund und die Schriftführer. Die Versammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Mitglieder und namentlich des verstorbenen früheren Landeshauptmanns, Staatsministers Dr. Holle. Den übrigen Teil der Verhandlungen bildeten Kommissionswahlen.

* **Münster**, 27. Febr. Der Luftschiffahrtsverein für Münster und das Münsterland veranstaltete heute mit dem Ballon Clouth 1 aus Köln unter Führung des in Luftschifferkreisen bestens bekannten Herrn Richard Clouth von der Gasanstalt hierselbst aus einen Aufstieg, der glatt erfolgte. Der Ballon nahm die Richtung nach Osten. Mitfahrende waren Kaufmann Eimenacher-Münster und Fabrikant Wilh. Hageböck aus Borghorst.

* **Münster**, 27. Febr. Fürsorgepflege. Dem neuernannten Vikar an der Ludgerikirche hierselbst, Herrn Sievert, wurde vom Landeshauptmann die Revision der innerhalb des Regierungsbezirks Münster in Familienpflege, Dienst oder Lehre untergebrachten katholischen Fürsorgezöglinge übertragen.

* **Hüsten**, 28. Febr. Wie verlautet, soll der Steigerturm der hiesigen freiwilligen Bürger-Feuerwehr auf der Riggenweide errichtet werden und fand bereits unter der Führung des Schriftführers der Wehr eine Besichtigung des Platzes statt.

* **Hüsten**, 28. Febr. Dem Vernehmen nach will die Hüstener Gewerkschaft in diesem Sommer noch einen neuen Hochofen bauen, daß von ihr angelegte zweite Walzwerksgebäude ist bereits fertig gestellt und wird der Betrieb in demselben in Kürze aufgenommen werden.

* **Hüsten**, 28. Febr. Die Gemeinde Hüsten wird demnächst eine neues Polizeigefängnis in Verbindung mit Spritzenhaus und Gendarmeriewohnung bauen. Dieser Bau ist auch unbedingt als notwendig zu bezeichnen, da sich das alte Polizeigefängnis am Markt als zu klein und nicht mehr als ausreichend erwiesen hat. Das alte Polizeigefängnis ist an den Besitzer des Unionhotels Auffermann zu Hüsten verkauft worden und soll von diesem abgebrochen werden, was dann auch eine Verschönerung des Marktplatzes zur Folge haben wird.

* **Arnsberg**, 26. Febr. Zu der am 28. d. M. hierselbst beginnenden Schwurgerichtsperiode sind des weiteren folgende Fälle angesetzt: Donnerstag, den 3. März: Jagdaufseher Franz Sommer aus Hengslade wegen Körperverletzung mit Todeserfolg. Am 4. März stehen 2 Sachen an: Fabrikarbeiter Wilhelm Rau aus Lenhausen wegen versuchter Notzucht und sodann: Frau Schneidermeister Martha Kaulmann aus Messinghausen wegen Meineids. Insgesamt werden 11 Fälle zur Verhandlung gelangen.

* **Arnsberg**, 25. Febr. Die höheren Töchter Arnsbergs waren gestern Gegenstand einer sehr erregten Debatte im Stadtparlament. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung: Errichtung einer höheren Töchterschule, und zwar nach der Regierungsvorlage, einer paritätischen. Die kath. höheren Töchter nehmen z. Zt. Unterricht bei den Schulschwestern (Notre Dame), die evangelischen bei Frl. Wantrup. Beide Anstalten arbeiten mit Verlust. Die Schülerzahl beträgt zusammen rund 260. Der Magistrat, die Stadtverordneten Schlickmann, Schneider erklärten sich für die Schule, wenn der Fiskus wie die Regierung verspricht, einen jährlichen Zuschuß von 10 000 ℳ zu leisten. Die Stadtverordneten v. Schenck, Pöpperling und Feige sprachen sich entschieden gegen die Vorlage aus. Ersterer wies an der Hand einer von ihm verfaßten, sehr genauen Aufstellung auf die finanziellen Wirkungen der Vorlage hin. Die Steuerschraube käme ja nicht mehr zum Stillstand. Die Abstimmung ergab, daß die Vorlage mit 13 gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde. Dagegen wurde beschlossen, beiden bestehenden Schulen je bis 4000 ℳ jährliche Beihilfe zu gewähren.

* **Recklinghausen**, 28. Febr. Der Gesamtetat der Stadt balanciert mit 2 271 500 ℳ gegen 2 089 500 ℳ im Vorjahre. Der Mehrbedarf der Stadt soll aufgebracht werden durch Erhöhung der Einkommensteuer von 210 auf 225 Prozent und der Grundsteuer vom gemeinen Wert um ¼ für Tausend auf 3,25 für Tausend. Bei der Besprechung des Etats teilte der Oberbürgermeister mit, daß die hier bislang sehr geringe Bautätigkeit sich jetzt in erfreulicher Weise steigere.

\+ **Fürstenberg**, 25. Febr. Feuer! In dem benachbarten Dorfe Bleiwäsche brannte das Haus des Risse heute gegen 3½ Uhr bis auf die Grundmauern vollständig ab. Es war ein Glück, daß der starke Sturm, welcher heute hier herrschte, von der richtigen Seite kam und das Feuer aus dem Dorfe trieb, sonst wäre ganz Bleiwäsche abgebrannt. Das abgebrannte Haus wurde von einem Junggesellen allein bewohnt und ist die Entstehung des Feuers unbekannt.

§ **Grüne**, 25. Febr. Forstdiebstahl. Dem Landwirt Schulte wurden ca. 25 Birkenstämme in seiner Waldung abgeschlagen. Dem Förster Struwe gelang es, die Diebe ausfindig zu machen. Bei einer Haussuchung wurden die Stämme gefunden.

§ **Grüne**, 26. Febr. Feuer. Gestern morgen brannte auf dem nahen Wixberg die Besitzung des Landwirts Rotthaus vollständig nieder. Das Feuer fand an den Heu- und Strohvorräten reiche Nahrung. Des Vieh konnte gerettet werden. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

§ **Letmathe**, 26. Febr. Die hiesige Sterbekasse hatte im verflossenen Rechnungsjahre eine Einnahme von 1068,61 ℳ, Ausgabe 682,78 ℳ, Kassenbestand 385,83 ℳ. Der Reservefonds beträgt 5624,28 ℳ. Die Mitgliederzahl ist auf 190 gestiegen.

§ **Oestrich** bei Letmathe, 26. Febr. Zutreffender Straßenname. Wegen ihres fast unpassierbaren Zustandes führt hier eine Straße im Volksmund den Namen „Sogestrote". In amtlichen Schriftstücken wird die Straße als „Saustraße" bezeichnet. Die Anlieger wollen die Gemeindevertretung um einen anderen Straßennamen ersuchen.

* **Altena**, 27. Febr. Großfeuer zerstörte hier gestern Morgen die auf dem nahen Wixberg belegene Besitzung des Landwirts Diedrich Rotthaus. In ganz kurzer Zeit wurde das ganze Anwesen, bestehend aus einem noch neuen Wohnhause mit Nebengebäuden, ein Raub der Flammen. Der entstandene Schaden ist ganz bedeutend, doch zum größten Teil durch Versicherung gedeckt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

* **Meinerzhagen**, 26. Febr. Der Minister hat die Vorarbeiten für die Teilstrecke Meinerzhagen—Olpe der Linie Meinerzhagen—Kreuzthal angeordnet.

* **Biedenkopf**, 26. Febr. Seinerzeit brachte das nationalliberale Siegener Volksblatt eine Notiz, wonach in Friedensdorf sich eine Triole-Schack-Affäre abgespielt habe. Diese Notiz, welche in andere Blätter überging, war so gehalten, daß ein christlich-sozialer Reichstagsabgeordneter damit in Verbindung gebracht werden konnte. Mit diesem Vorgang im Zusammenhang stehend, kam in hiesiger Gegend ein Gerücht wegen unsittlichen Verhaltens des christlich-sozialen Parteisekretärs Ostehr auf und wurde durch eine Notiz des Lehrers Thome daselbst im Siegener Volksblatt verbreitet. Heute hatten sich nun die Urheber des Gerüchtes usw. vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Die Vernehmung zahlreicher Zeugen ergab nach dreistündiger Verhandlung die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen. Die Angeklagten, Lehrer Hendorf aus Niederdieten und Lehrer Thome aus Friedensdorf, wurden wegen Beleidigung zu 20 und 100 ℳ Geldstrafe verurteilt.

○ **Soest**, 26. Febr. Im benachbarten Vellinghausen kam der 84 Jahre alte Landwirt Nigemeyer dadurch zu Tode, daß er beim Weidenschneiden an einem wassergefüllten Graben ausglitt, hinstürzte und ertrank. — Ein etwa 14 jähriger Junge aus Lütgenampen bei Soest brachte in Erfahrung, daß der Landwirt C. Kipp in Ampen bei der Molkerei Soest für Milchlieferung im Januar 80,19 Mk. zu fordern hatte. Er ging nach Soest und beauftragte einen andern Knaben, für ihn das Geld zu holen, was demselben vom Molkerei-Verwalter auch ausgehändigt wurde. Mit dem Gelde besuchten der Anstifter und ein Schulkamerad verschiedene Geschäfte, kauften sich Uhren, Messer usw. und versteckten den Rest, 20 Mk. in einem Weidenbusch an der „Blögge". Als Kipp sich gestern sein Milchgeld holen wollte, kam die Geschichte ans Tageslicht. Die beiden Knaben haben schon ein Geständnis abgelegt.

○ **Neuenkirchen**, 25. Febr. Eine Neuerung erhält die hiesige Kirche. Es weilt ein Monteur hier, der mit dem Aufstellen einer elektrischen Anlage beschäftigt ist. Durch diese Anlage sollen die Glocken durch elektrischen Strom geläutet werden. Den Strom liefert das hiesige Elektrizitätswerk Kemper und Lonsberg. Aus dem Probeläuten ist zu schließen, daß die Einrichtung gelungen ist.

* **Geseke**, 26. Febr. Für die am 1. April hierselbst vakant werdende Bürgermeisterstelle haben sich bis jetzt 30 Bewerber gemeldet. Die Meldefrist läuft bis zum 5. März cr.

* **Paderborn**, 28. Febr. Die schriftliche Prüfung für den Eintritt in das Priesterseminar findet in der Zeit vom 23. Februar bis zum 4. März statt. Die Studierenden der Theologie, die sich der Prüfung zu unterziehen wünschen, haben ihre Meldung unter Beifügung folgender Papiere an den z. Dekan Professor Dr. Peiers zu richten: 1. Tauf- und Firmzeugnis, 2. Reifezeugnis, 3. Zeugnisse über auswärts gemachte Studien (Exmatrikeln), 4. Exmatrikel von der hiesigen Fakultät, 5. Zeugnis über die bestandene 1. akademische Prüfung, 6. Zeugnisse über die fleißige Beteiligung an Seminarübungen, 7. Zeugnis über die Militärverhältnisse, 8. Sittenzeugnis, vom Heimatspfarrer ausgestellt und versiegelt einzureichen, 9. Lebenslauf.

* **Dortmund**, 26. Febr. In Benninghofen läßt das Eisenwerk „Phoenix" ein großes Krankenhaus zum Kostenbetrage von 300 000 ℳ errichten. Mit dem Bau wird bereits in den nächsten Tagen begonnen.

Vermischtes.

Berlin, 27. Febr. Millionenstiftung. Der im Dezember v. J. gestorbene Rentner, frühere Kaufmann Ernst Ettelt, hat der Stadt Berlin zur Errichtung einer Stiftung für unterstützungsbedürftig gewordene Kaufleute, sowie zur Besserung gefallener Mädchen und Frauen den Betrag von 1,4 Millionen Mark vermacht.

Neuruppin, 26. Febr. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatte sich heute der 16jährige Gärtnerlehrling Walter Pöhling aus Dalmin wegen Lustmordes zu verantworten. Pöhling hat am 20. November 1909 die siebenjährige Tochter des Obergärtners Jost ermordet. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange und versuchten Mordes zu zehn Jahren Gefängnis.

Dommitzsch a. d. Elbe, 26. Febr. Feuersbrunst. In der letzten Nacht ist das Rathaus, das aus dem 17. Jahrhundert stammt, niedergebrannt. Dabei sind viele Akten vernichtet worden.

Kassel, 24. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung nahm mit allen gegen drei Stimmen die Wertzuwachssteuervorlage des Magistrats an.

Homburg v. d. H., 26. Febr. Reiche Stiftung. Freiherr Arthur von Friesen, der am 23. Febr. im 48. Jahre infolge einer Lungenentzündung hier starb, hinterließ der Stadt Homburg 100 000 Mark zur freien Verfügung, 50 000 Mk. für Legate und 90 000 Mark zur Verfügung des Testamentsvollstreckers für wohltätige Zwecke.

München, 26. Febr. Gegen den Maler Otto Haas-Heye, der in Partenkirchen bei München eine eigene Villa bewohnt und dort mit seiner Frau, der jüngsten Tochter des Fürsten Philipp zu Eulenburg, lebt, haben sich, wie dem „B. L.-A." aus München gemeldet wird, Verdachtsmomente wegen Vergehens gegen § 175 so gehäuft, daß die Staatsanwaltschaft die Untersuchung gegen ihn eingeleitet hat. Die Angelegenheit ist auf folgende Tatsachen zurückzuführen: Gegen den Modellsteher Alois Hoffmann, der u. a. auch dem Maler Otto Haas-Heye zu Aktstudien gedient hatte, war ein Verfahren wegen Kuppelei eingeleitet worden. Er wurde beschuldigt, minderjährige junge Leute dritten Personen zugeführt zu haben. Unter diesen befand sich auch, wie Hoffmann gestern erst eingestand, der Maler Otto Haas-Heye. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat daraufhin sofort ein Ermittelungsverfahren eingeleitet, und die Vernehmung einer Anzahl der von Hoffmann benannten jungen Leute hat ergeben, daß diese im Verkehr mit Otto Haas-Heye gestanden haben.

Antwerpen, 26. Febr. Bootsunglück. Bei einem Zusammenstoße mit einem Dampfer wurde eine mit Arbeitern besetzte Bark zum Sinken gebracht. Sieben Arbeiter sind ertrunken.

Freistadt (Oesterr. Schlesien), 26. Febr. Vereitelter Bombenanschlag. Heute früh gegen 3 Uhr wurde in das Schlafzimmer des Betriebsleiters des Johannisschachts in Karwin, des Oberingenieurs Ludwig Hollein, eine Bombe geschleudert. Hollein warf die Bombe in den Garten, wo sie mit großem Knall explodierte, ohne Schaden anzurichten.

Epinal, 27. Febr. Massenerkrankung. Infolge Genusses von verdorbenem Gemüse erkrankten in der Infanteriekaserne über 80 Soldaten unter schweren Vergiftungserscheinungen.

○ **Paris**, 27. Febr. (Drahtb.) Erhöhte Tabaksteuer im Lande der roten Minister! Die Deputiertenkammer genehmigte die Erhöhung der Steuer auf Tabak.

Tödlicher Sturz aus dem Automobil. Der Polizeidiener des kleinen Ortes Kripp bei Remagen benutzte beim Ausbruch eines Feuers ein Automobil, um die Feuerwehr aus der benachbarten Stadt herbeizuholen. Während der Fahrt stürzte der Polizeidiener aus dem Automobil und brach das Genick. Man fand die Leiche auf dem Wege liegen.

Eine Millionenstiftung. Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Firma Heinrich Lanz in Mannheim machte die Familie Lanz für die Mannheimer Handelshochschule eine Stiftung von einer Million Mark.

Letzte Posten und Depeschen.

\+ **Kiel**, 27. Febr. Der frühere konservative Landtagsabgeordnete Landrat a. D. von Bülow-Bothkamp ist gestorben. Der Verstorbene war neben seiner politischen Tätigkeit durch seine Versuche mit der Wünschelrute bekannt.

□ **Hamburg**, 27. Febr. Gegen das Lotteriespielen! (Drahtb.) Der Senat legte der Bürgerschaft ein Gesetz vor, wonach mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldbuße bis zu 10 000 Mark bestraft werden soll, wer gewerbsmäßig zum Zwecke der Ausbeutung der Spielsucht durch Verbreitung von Prospekten oder Mitgliedsbedingungen oder in anderer Weise zur Beteiligung an Serien- oder Prämienlosgesellschaften auffordert oder mit der Bildung, Leitung oder Vertretung deutscher Losgesellschaften sich befaßt.

× **Tetschen**, 27. Febr. Unter Schneemassen begraben. (Drahtb.) In Spindelmühle im Riesengebirge stürzte unter den Schneemassen das Dach einer Scheune ein, in der Mannschaften der militärischen Skiabteilung des 9. österreichischen Armeekorps untergebracht waren. Mehrere Infanteristen wurden schwer verletzt.

= **Wien**, 27. Febr. Duell. Im Verlaufe eines Pistolenduells um eine Dame wurde der Sohn des Professors und ehemaligen Leibarztes des Kaisers Freiherrn von Wiederhofer erschossen.

× **Wien**, 27. Febr. (Drahtb.) Der Todeskampf des besten Oesterreichers. Bürgermeister Dr. Lueger ringt mit dem Tode. Seine starke Natur leistet verzweifelten Widerstand, doch bezeichnen die Aerzte seinen Zustand nach wie vor als hoffnungslos. Da Dr. Lueger jede Nahrungsaufnahme verweigert, werden ihm von gestern mittag an Nährklistiere verabreicht, die eine wenn auch nur geringe Hebung des Kräftezustandes bewirkt haben. Abends wurde eine leichte Besserung konstatiert.

= **Neapel**, 27. Febr. (Drahtb.) Schiffskollision. Heute vormittag hat der Dampfer Hamburg mit Frau und Fräulein Roosevelt an Bord beim Einlaufen in den Hafen einen Zusammenstoß mit dem Schlepper Colo, der in einer Minute sank. Der Kapitän und die 6 Mann starke Besatzung konnten sich retten.

\+ **Konstantinopel**, 27. Febr. (Drahtb.) Eine neue gefährliche Krankheit. Nach einer Meldung der „Jeni Gazette" ist bei Zaleva am Marmara-Meer eine unbekannte Krankheit ausgebrochen, die bis jetzt 300 Todesfälle verursacht haben soll.

\+ **Athen**, 27. Febr. Die griechische Dynastiekrise. (Drahtb.) Im Hafen des Piräus ist ein englischer Kreuzer dazu bestimmt, im Falle einer notwendig werdenden Flucht des Königs Georg ihn und seine Familie an Bord zu nehmen. Privateffekten und persönliches Eigentum des Königs befinden sich bereits auf dem englischen Kriegsschiff, das Tag und Nacht unter Dampf und unter strenger Bewachung durch englische Marinesoldaten steht.

\+ **Bethlehem** (Pennsylvania), 27. Febr. Infolge der Streikunruhen in den Werkstätten der Bethlehem Steel Company kam es gestern morgen zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, wobei zwei Ausländer erschossen wurden. Später wird noch gemeldet, daß die Polizei gezwungen war, mehrfach gegen die Streikenden, die zumeist ungarischer Nationalität sind, vorzugehen, wobei zahlreiche Personen schwere Verletzungen erlitten. Ein schwerverletzter Arbeiter ist inzwischen gestorben. Erschossen wurde ein Ungar, der mit dem Messer auf die Polizei eindrang.

Industrie, Handel und Verkehr.

Unnaer Bank, A. G., Unna. Im Geschäftsjahr 1909 wurde ein Bruttogewinn von 205 521 ℳ und nach Deckung der Unkosten sowie nach Absetzung von 6400 ℳ Abschreibungen auf Mobilien und Immobilien (i. V. 4637 ℳ auf Immobilien usw. und 16 680 ℳ auf Debitoren) ein Reingewinn von 145 556 (123 316) ℳ erzielt, aus dem 6 Prozent Dividende verteilt werden sollen.

---

* **Getreidemarkt.** Alle Getreidemärkte des Auslandes zeigten in der laufenden Woche ein mattes Geschäft, und da Rußland und Argentinien wieder billigere Weizenofferten gemacht haben, so mußten die Preise für Weizen und Roggen weiter sinken, und haben die Weizenpreise pro Tonne zwei bis drei Mark und die Roggenpreise ein bis zwei Mark verloren. Auch Gerste und Hafer, sowie auch Mais wurden etwas billiger verkauft. Weizen kostete pro Tonne je nach Qualität 225—227 ℳ, Roggen 157—160 ℳ, Futtergerste 130—147 ℳ, schwere Braugerste 158—160 ℳ, Hafer 166—180 ℳ, Mais 155 bis 160 ℳ.

Neuß, 26. Febr. Fruchtmarkt. Weizen 1. Sorte 22,00 ℳ, 2. S. 21,00 ℳ, Hafer 1. S. 15,50 ℳ, 2. S. 14,50 ℳ, Roggen 1. S. 16,20 ℳ, 2. S. 15,20 ℳ, Gerste 14,50 ℳ die 100 Kil. Kartoffeln 2,70—3,00 ℳ, Heu 4,50—5,00 ℳ, Luzerner Heu 5,50—6,00 ℳ die 50 Kil. Krummstroh 22,00 ℳ, Breitdruschstroh 24,00 ℳ die 500 Kil. Kleie 6,20 ℳ die 50 Kilogr. Preise unverändert.

---

* **Essen**, 25. Febr. Alle Erwartungen übertroffen hat der am 23. und 24. hier abgehaltene erste Pferdemarkt, der auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof statt. Am ersten Tage wurden etwa 1500 Pferde, am zweiten 1000 aufgetrieben. Die Besucherzahl war äußerst stark. Obwohl der Zutritt 50 ₰ kostete, wird die Zahl der Besucher für den ersten Tag auf 5000 und für den zweiten Tag auf 4000 geschätzt. Pferdematerial aller Gattungen wurde aufgeboten. Auch war das Geschäft sehr lebhaft. Der nächste Markt, der zu einer ständigen Einrichtung der Stadt Essen gemacht ist, findet im September statt.



Weißbrotsuppe (Fastenrezept). Einige Milchbrötchen werden mit kaltem Wasser und Salz aufs Feuer gebracht. Nachdem die Suppe ½ Stunde gekocht hat, drückt man sie durch ein Haarsieb, gibt ein Stück frische Butter hinzu und rührt sie mit einem in Milch oder Sahne zerquirltem Ei, einigen Tropfen Maggi-Würze und etwas Muskatnuß an. Ohne Muskatnuß auch für Kranke zu empfehlen.
(Aus Anna Huyn, „Die deutsche Küche", Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.)

Rose & Co.
Dortmund

Eingang von Neuheiten
für die Frühjahrs-Saison 1910.

Jackenkleider, Kostüme, Blusen, Paletots,
Kleiderstoffe, Blusenstoffe, Seidenwaren,

Anfertigung einfacher, sowie eleganter Mäntel, Jackenkleider und Kostüme auf eigenen Ateliers

Stoffproben auf Wunsch franko. **Franko Versand aller Aufträge.**

Fort mit den teuren Zündhölzchen!

Unser „Elektra"-Feuerzeug ersetzt dieselben vollständig!

Der billige Preis gestattet Jedem die Anschaffung.



„Elektra"-Feuerzeug. Neu!
Allerbestes Feuerzeug der Gegenwart! Unentbehrlich für Raucher! Hochfein vernickelt, in der Westentasche zu tragen,
per Stück mit 1 Fl. Benzol Mk. 1.—
3 Stück Mk. 2,80
Einfache Handhabung.
Sofort Feuer.
Versand gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Bei Voreinsendung 20 Pfg. Porto mitschicken. Nachn. 20 Pfg extra
Hauptkatalog mit ca. 4000 Abb. gratis und franko.



Benzol pro Flasche 20 Pfg.
Ersatzpillen, pro Stück 30 Pfg.
Für jeden Zweck verwendbar, z. B. Anzünden von Gas, Zigarren, Zigaretten u. s. w.

Ferner noch: Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Gold-, Silber- und Lederwaren, Uhren, Pfeifen, Musikwerken, Spielwaren etc. **gratis und franko** an Jedermann.

Marcus & Hammesfahr, Stahlwaren-Fabrik, **Wald-Solingen**

Bekanntmachung.

Die technische Revision der Maße und Gewichte im hiesigen Stadtbezirke findet statt

am 21., 22., 23. und 24. März d. Js.

Die hiesigen Gewerbetreibenden werden daher hiermit aufgefordert, ihre Maße und Gewichte, soweit deren fortdauernde Richtigkeit zweifelhaft erscheint, zuvor zur amtlichen Prüfung zu bringen.

Gewerbetreibende, bei denen zum Gebrauche in ihrem Gewerbebetriebe geeignete, mit dem vorgeschriebenen Aichungsstempel nicht versehene, oder unrichtige Maße, Gewichte und Wagen vorgefunden werden, oder welche sich einer anderen Verletzung der Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung schuldig machen, werden nach § 369 Nr. 2 des Reichs-Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft.

Dülmen, den 22. Februar 1910.

Der Bürgermeister: Lehbrink.

Bekanntmachung.

Unter dem Rindviehbestande des **Landwirtes Heinrich Bontrup zu Weddern** Nr. 67 ist **Milzbrand** festgestellt, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird. Das Betreten der Stallungen, sowie des Gehöftes durch Wiederkäuer ist verboten.

Dülmen, den 24. Februar 1910.

Die Amts-Polizei-Verwaltung.
Koch.

Kleeheu-, Wiesenheu-, Runkelrüben-Angebot.

Die **Herzogl. Croy'sche Domäne Carthaus** gibt

Heu und Runkelrüben

fuder- und zentnerweise ab. Aufträge nimmt der Unterzeichnete, soweit die Vorräte reichen, zu jeder Zeit entgegen.

Genuit, Verwalter.

Verkauf.

Donnerstag, den 3. März 1910, vormittags 10 Uhr, werden bei Herrn **Heinr. Heßelmann-Korup** wegen Aufgabe des Geschäftes sämtliche Eisenwaren jeder Art, emaillierte Sachen, Kurzwaren darunter einen Posten Pfeifen, sowie ein eichener Koffer mit außergewöhnlichem Eisenbeschlag vom Jahre 1728, ein vernickelter Ofen, Lampen, Laternen, Ladenschrank, Ladenreal und Ladenteke, neue Kommode, große eichene Kiste, ein großer Posten eichene und eschene Bretter und Bohlen für Schreiner und Stuhlmacher, mehrere Packen Schiebkarrenbäume, Hobelbänke, 3 schwere Kirschbäume und 2 Dutzend neue Stühle im freiwilligen Auftrage meistbietend gegen Kredit und Bar verkauft. Sachen bis zu 1 Mark müssen gleich im Termin gezahlt werden.

Hubert Scharlau, Tilbeck.

Papierservietten

in modernen, geschmackvollen Mustern
stets auf Lager.

J. Horstmann'sche Buchhandlung,
Dülmen i. W.

Zur ersten hl. Kommunion

empfehle:

Für Knaben:

Kommunion-Anzüge

fertig in allen Grössen u. Preislagen. Kammgarn u. Tuchkammgarn, schwarz in reiner Wolle von Mk. 3,50 per Mtr. an bis zu den feinsten Qualitäten.

Vorhemden,
Manschetten,
Schlipse.

Ich übernehme auch die Anfertigung der Anzüge und berechne für Macherlohn 7 bis 8½ Mark je nach Verarbeitung.

Für Mädchen:

Jacketts, schwarz.

Kleiderstoffe

schwarz und weiss, in allen Preislagen und grosser Auswahl.

Unterröcke, weiss u. farbig,
Unterhosen „
Handschuhe „
Rüschen „
Tücher „

Wilh. Sievering,
vormals A. W. Ketteler.

Für den Hausputz

Abseifbürsten	**von**	15,	20	30	**Pfg.**
Schrubber	„	20,	35	40	„
Besen	„	40,	50	65	„
Aufnehmer	„	20,	30	35	„

Schmitz & Janssen
Dülmen.

Matten, Wachstuche, Linoleum in großer Auswahl.

Gewerbebank Dülmen
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Dülmen.

General-Versammlung

am **Dienstag, den 8. März 1910,** abends 8½ Uhr, im **Hotel Sternemann** hierselbst.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes und der Bilanz.
2. Genehmigung der Bilanz und Verteilung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Neuwahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates.
5. Bericht über die stattgehabte gesetzliche Revision.
6. Aenderung des § 36 des Statutes, betreffend Bekanntmachungen.
7. Verschiedenes.

Dülmen, den 26. Februar 1910.

Der Vorstand:
Bockholt, Hubert Wiese.

Gärten-Verpachtung.

Donnerstag, den 3. März d. J. nachmittags **2 Uhr** werde ich die dem Heil. Geist-Armenfonds gehörenden, am Kreuzwege, der Wirtschaft **Neckers** gegenüber liegenden **6 Stück neu angelegten Gärten** auf mehrere Jahre an Ort und Stelle meistbietend verpachten.

Dülmen, den 25. Februar 1910.

Der Armenfonds-Rendant
Schmitz.

Beleidigung gegen Wilh. Möllers nehme ich hiermit zurück.

Heinrich Brüning.

— Ia. Schwemmsteine, —
Ia. Bindzementdielen liefert
Edm. Gies, Neuwied (ausz. Syndikat)

Die Einzige

beste und sicher wirkende medic. Seife gegen alle **Hautunreinigkeiten** u. **Hautausschläge,** wie: Mitesser, Finnen, Flechten, Blütchen, Gesichtsröte etc., ist unbedingt die echte

Steckenpferd-Teerschwefelseife
v. Bergmann & Co., Radebeul.
à St. 50 Pf. bei: **Friedr. Timons.**

Wagenbretter-Verkauf

Am Dienstag, den 8. März (Markttag), werde ich im Anschluß an den Mobiliar-Verkauf für Frau Ww. Amtmann von Noël, Münsterstraße hierselbst eine große Partie

Pappeln-Wagenbretter

gegen Kredit verkaufen.

Dülmen, den 26. Februar 1910.

Bockholt.

Patent-
Bureau Joh. Schröder.
gegenüber d. Clemenskirche.
Münster i. W.





Schweineverkauf.

Am Freitag, den 4. März cr., vormittags 10 Uhr anfangend, werde ich an der Wirtschaft des Herrn **Nölling** hier für Herrn **H. Höing** aus **Oescher**

ca. 40 Stck. 2—4 Monate alte Schweine

gegen **Kredit** verkaufen.

Dülmen, den 28. Februar 1910.

Bödiger.

Garten

mit **Anlagen** zur **Hühnerzucht** zu verpachten.

Kunkel,
Ostfeldmark 26.

Abfall-Brot

à Pfund 6 Pfg.
empfiehlt
Bäckerei Fischer,
Friedrichstraße.

Mädchen

für **Küche** und **Hausarbeit** gesucht von einzelner Dame zum 1. April oder später. Näheres Expedition.

Suche zu **Ostern** oder früher einen

Lehrling.

H. Krampe, Anstreichermstr., **Evinq b. Dortmund.**

Suche zum 1. April eine **tüchtige, zuverlässige,** in gutbürgerlicher Küche

perfekte Köchin,

am liebsten evangelisch, die auch Hausarbeit übernimmt. Nur bestempfohlene finden Berücksichtigung. Offerten mit Zeugnissen, Gehaltsansprüchen u. Photographie erbeten an

Frau Dr. Reininghaus,
Essen-Ruhr, Richard Wagnerstr. 48 I.

Wenn Sie Dienstboten suchen

so geben Sie ein kleines Inserat für die

Dülmener Zeitung

auf und Sie werden zahlreiche Angebote von tüchtigen und braven Dienstboten erhalten.

Magenleidenden

teile ich aus Dankbarkeit gern und **unentgeltlich** mit, was mir von jahrelangen, qualvollen **Magen- u. Verdauungsbeschwerden** geholfen hat.

A. Hoeck, Lehrerin, **Sachsenhausen** b. Frankfurt a. M.

Ew. Wohlgeboren!

Ich fühle mich veranlaßt, Ihnen meinen wärmsten Dank auszusprechen für die wundervolle Heilkraft Ihrer Rino-Salbe; ich habe nicht allein mir, sondern auch Bekannten die nasse Flechte damit geheilt.

Goldenst., 6./11. 1908.

Frau **A. Brandle.**

Diese Rino-Salbe wird mit Erfolg gegen Beinleiden, Flechten und Hautleiden angewandt und ist in Dosen à Mk. 1.15 und Mk. 2.25 in den Apotheken vorrätig, aber nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot und Firma Schubert & Co., Weinböhla-Dresden. Fälschungen weise man zurück.

Nr. 26. — 37. Jahrgang.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk., von der Post abgeholt 1,25 Mk., von der Post ins Haus gebracht 1,50 Mk.
Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.
Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg die Zeile.
Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.
Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liboriusblatt.

Dienstag, 1. März 1910.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 178.
Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.
Druck von Breer & Thiemann, Hamm.
Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen, für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Zweites Blatt.

Preußischer Landtag.

○ Berlin, 25. Febr. 1910.

Im Abgeordnetenhause wurde heute die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt und zwar zunächst beim Gehalt des Ministers. Als erster Redner kam der Däne v. Kloppenborg zu Wort. Er forderte Gleichberechtigung seiner Landsleute in der Nordmark mit den Deutschen. Die Beamten zeigten einen übertriebenen Diensteifer gegen die Dänen, insbesondere werde das Vereinsgesetz gegen die Dänen rigoros und gesetzwidrig angewendet. Einen Gegner fand der Däne in dem nationalliberalen Dr. Schiffer. Er fand die Dänenpolitik der preußischen Regierung sogar noch zu lax. Der Minister des Innern von Moltke erklärte, die Regierung werde von ihrer jetzigen Politik nicht abgehen. Eine Abrechnung mit den Sozialdemokraten hielt der konservative Abg. Strosser. Die Sozialdemokraten verfolgten mit ihren Streiks nur Gewaltpolitik. Die Genossen behaupteten, bei den Straßendemonstrationen seien sie von der Polizei zu Unruhen provoziert worden, und doch hätten sich die Demonstranten schon vorher mit Revolvern, Messern und Steinen zum Kampfe vorbereitet. Die Straßendemonstrationen seien Manöver zur Uebung der Revolutionäre. Der freikonservative Abg. von Zedlitz wandte sich ebenfalls gegen die Sozialdemokraten und richtete an alle bürgerlichen Parteien die Mahnung, im Kampfe gegen den gemeinsamen roten Feind zusammenzuhalten. Vom Zentrum sprach der Arbeitersekretär Gronowski. Mit Recht meinte er, das Zentrum pflichte der Mahnung seines Vorredners zu, habe aber eine solche Mahnung gar nicht nötig. Frhr. v. Zedlitz habe sich an seine nationalliberalen Freunde wenden sollen, die fast überall mit den Sozialdemokraten zusammengingen. Als Gronowski den Genossen vorhielt, die Sozialdemokraten hätten den Arbeiterführer Brust der Bestechung bezichtigt, schrie Genosse Leinert dem Redner zu, er solle doch die Wahrheit sagen. Dafür holte sich Leinert einen Ordnungsruf. Im weiteren verwies Gronowski auf das innige Bruderbündnis der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten in Dortmund, Essen usw. Geradezu kläglich war der Versuch des nationalliberalen Abg. Ecker, seine Parteifreunde von dem Vorwurf zu entlasten, sie unterstützten in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach den Sozialdemokraten. Wie kann man solche nackten Tatsachen bestreiten. Die Liberalen im Kreise Gummersbach haben offen für die Stichwahl das Eintreten für den Sozialdemokraten empfohlen, während in den Kreisen Mülheim und Wipperfürth die Parole ausgegeben wurde: „Keine Stimme dem Zentrum!" Jedes Kind weiß, was unter dieser liberalen Parole zu verstehen ist. — Schließlich wurde das Gehalt des Ministers bewilligt. Aus der weiteren Debatte ist noch hervorzuheben, daß das Zentrum durch den Abg. Schmedding ein Gesetz über die Feuersozietäten forderte.

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 25. Februar 1910.

Am Bundesratstisch: Minister v. Delbrück. — Die Debatte über den Etat des Ministeriums des Innern sowie über die dazu vorliegenden 55 Resolutionen wird fortgesetzt.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Die Sozialpolitik des Staatssekretärs werden wir gern unterstützen. Dringend notwendig ist eine Kartellgesetzgebung und eine Verschärfung der Börsengesetze. Daß die Privatbeamten-Versicherung noch in dieser Session kommen soll, erfüllt uns mit Befriedigung. Die Koalitionsfreiheit muß in vollem Umfange aufrecht erhalten bleiben. Die Rechtslage für die Gärtner muß geklärt werden. Stehen diese Betriebe unter den landwirtschaftlichen Gesetzen?

Staatssekretär Delbrück: Die Bekämpfung der Schmutzliteratur kann geschehen durch gesetzliche und polizeiliche Ueberwachung. Was nun die Frage anlangt, in wie weit unsere gesetzlichen Bestimmungen einer Abänderung oder Verschärfung bedürftig sind, so schweben darüber bei den beteiligten Ressorts Verhandlungen. Die polizeiliche Ueberwachung ist international und scheint sich zu bewehren. Die Klärung der allerdings recht komplizierten Rechtslage der Gärtner verspreche ich möglichst zu fördern.

Abg. Liebert (Rp.): Die Lage der Glasarbeiter hat sich wesentlich gebessert. Die Resolution der Sozialdemokraten auf Einschränkung der Arbeitszeit in den Glashütten bitte ich abzulehnen.

Abg. Roeren (Z.): Die Unsittlichkeit hat in der letzten Zeit in ganz bedenklichem Maße zugenommen. Das ist hauptsächlich eine Folge der ungeheuren Verbreitung unsittlicher Schriften und Bilder. Hier handelt es sich um die Gesundheit der gesamten Nation.

Abg. Wachhorst de Wente (natl.): Unser Führer Bassermann hat den Dank der Landwirtschaft verdient. (Bravo bei den Nationalliberalen.) Weshalb also die wüste Hetze gegen die nationalliberale Partei? (Lärm rechts.) Wir werden nach wie vor die Landwirtschaft fördern. Wir wollen einen lebensfähigen Bauernstand erhalten. Der Bund der Landwirte ist heute bei dem großen Einfluß mit seiner Agitation geradezu gemeingefährlich. (Lärm rechts.) Wir hoffen, daß wir auf der Basis der Treue für Herrscher und Vaterland Zehntausende von Wählern auf dem Lande gewinnen werden.

Abg. Dr. Hahn (k.): Es ist uns garnicht eingefallen, die Nationalliberalen brüsk zu behandeln. Bei der nächsten Wahl werden die Wähler daran denken, daß die Nationalliberalen bei der Reichsfinanzreform das Reichsschiff haben auf dem Trockenen sitzen lassen. Die konservative Partei macht viel mehr liberale Politik. Wir haben stets eine gute Politik im Interesse der kleinen Bauern getrieben, ebenso sind wir stets für den Weinbau und den Gartenbau eingetreten. Den uns hingeworfenen Fehdehandschuh nehmen wir auf und gehen den künftigen Wahlen mit Ruhe entgegen.

Abg. Gothein (Fr. Vgg.): An den Schwierigkeiten in unserer Industrie ist am letzten Ende unsere Zollpolitik schuld. Der Agrarschutzzoll in Frankreich hat sich durchaus nicht so bewährt, wie behauptet wird. Die Hauptmasse der Steuern wird nicht von den Großgrundbesitzern aufgebracht. Nach der Auffassung des Dr. Hahn ist ausschließlich das Geld bei den Wahlen ausschlaggebend, nicht die politischen Gründe und die Persönlichkeit des Kandidaten. Außer in antisemitischen Versammlungen habe ich nirgends einen solchen Ton gefunden, wie bei dem Bunde der Landwirte.

Abg. Dr. David (Soz.): Wir sind mit dem Abg. Roeren einig in der Bekämpfung der Pornographie. Aber wir stehen auf dem Standpunkte, daß man das Natürlich-Schöne auch unbefangen betrachten darf. Mit der Ablehnung der Erbschaftssteuer wollten Sie (nach rechts gewendet) Ihre heiligsten Güter, Ihr Portemonnaie, schützen, und das nennen Sie Finanzreform und Wiedergeburt des deutschen Reiches! Bei Ihrer Agitation auf dem Lande zeigen Sie große Furcht vor den Sozialdemokraten. Erfreulicherweise ist der Verbrauch von Branntwein zurückgegangen, das hängt mit der Hebung der Volksbildung zusammen, die wir erstreben. Gleiches Recht für alle muß auch das Ziel des Bauernstandes sein, zum Kampfe gegen die Reaktion.

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, 1. März, mittags 1 Uhr: Wahl des Präsidenten; Fortsetzung der heutigen Beratung.

Zur preuß. Wahlrechtsreform.

Sozialdemokratie und Wahlrecht.

○ Die Haltung des Zentrums in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform in der Wahlrechtskommission am Dienstag hat die gesamte Linke zu einer großen Zentrumshetze auf die Beine gebracht. Besonders die Sozialdemokratie empört sich aus der tiefsten Seele heraus über die „Wahlrechtsjesuiterei" des Zentrums und sucht es so darzustellen, als habe das Zentrum die Interessen des Volkes verraten, als es sich bereit erklärte, für die Beibehaltung der indirekten Wahl durch Wahlmänner einzutreten, wenn die Konservativen dafür die geheime Wahl bewilligten. Früher, als sie sich noch nicht an den preußischen Wahlkämpfen beteiligten, da haben die Sozialdemokraten immer die Oeffentlichkeit der Wahl als einen schlimmsten Fehler des preußischen Wahlrechts bekämpft. Heute hetzen sie gegen das Zentrum, weil dieses bereit ist, für die Beseitigung der so sehr gefährlichen Oeffentlichkeit die direkte Wahl zu opfern. Die Gründe dieser Haltung werden sofort klar, wenn man sich vor Augen führt, welches die Interessen der Sozialdemokratie sind und was diese danach erstrebt.

Um was handelt es sich? Die indirekte Wahl ist für die Wähler lästig und unbequem, auch weniger von Interesse, weil ja die Entscheidung nicht sogleich fällt, sondern erst ein Wahlmann gewählt wird. Die Folge davon ist eine schwächere Beteiligung an der Wahl. Auch bietet die indirekte Wahl in höherem Grade als die direkte die Möglichkeit von Zufallsmöglichkeiten; rein rechnerisch betrachtet könnte es vorkommen, was in der Praxis freilich ausgeschlossen erscheint, daß auch bei einer gleichen, aber indirekten Wahl nur 26 % der Wählerstimmen die Mehrheit bilden können. Was am meisten gegen die direkte Wahl spricht, das ist der Zug der modernen Zeit, der ein derartiges System nicht zuläßt. Daß die indirekte Wahl eines Tages fallen wird, darüber besteht auch nicht der geringste Zweifel; auch den Behörden verursacht dieses System ja unendlich viel überaus lästige, aber sehr überflüssige Arbeit.

Die geheime Wahl hingegen ist für den Ausfall der Wahl von unendlich viel größerer Bedeutung. Die geheime Wahl soll dem Bürger eine Garantie dafür geben, daß er sein Stimmrecht unbeeinflußt durch irgend welche Rücksichten auf andere, auf seine Stellung, auf seine Kundschaft usw. ausüben vermag. Für Beamte z. B. ist die geheime Stimmabgabe die absolute Voraussetzung für die Wahl eines oppositionellen Kandidaten; man denke an Kattowitz! Außerhalb der Beamtenkreise sind die Beziehungen vielfach, bezirksweise sogar durchweg überwiegend nicht besser. Das Anschwellen ungeheurer Kapitalien, das Vordringen von Großbetrieben in Handel und Gewerbe bringt nach und nach ganze Gegenden in bedingungslose wirtschaftliche Abhängigkeit von einzelnen Großunternehmern. Die Folge davon ist, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht frei wählen kann. Für diese alle bedeutet die Einführung der geheimen Wahl die Rückgabe des Wahlrechts überhaupt; ohne geheime Wahl können sie überhaupt nicht wählen, oder aber sie müssen ihren Gegner wählen. Auch Sozialdemokraten haben die Folgen der öffentlichen Wahl immer wieder verspüren müssen. Es ist noch kein halbes Menschenalter her, als im Ruhrrevier, in Oberschlesien und an der Saar die gesamten Arbeiter der Großindustrie von ihren Vorgesetzten in Kolonnen an die Wahlurne geführt wurden, um dort ihre Stimme für ihren erbittertsten Gegner abzugeben, natürlich unter fürchterlichem „Knirschen des inneren Menschen", aber unweigerlich; denn wer nicht parierte, der lag nach 14 Tagen mit Weib und Kind arbeitslos auf dem Pflaster. Damals haben die Sozialdemokraten sich ebenso heftig wie das Zentrum gegen derartige Folgen der öffentlichen Wahl gewehrt, und kein Mensch hätte damals daran gedacht, daß Sozialdemokraten bei vollem Verstande die direkte Wahl der geheimen Wahl vorziehen könnten. Heute sehen wir die Empörung der Sozialdemokratie über diese „Verräterei des Zentrums". Woher dieser Umschwung? Sehr einfach! Die Genossen vertreten halt eben ihr Interesse. Kommt nämlich die geheime Wahl, dann ist es mit allen sozialdemokratischen Mandaten zum Landtag zu Ende. Die sämtlichen Genossen sind doch nur unter Anwendung des fürchterlichsten Terrorismus gewählt worden. Ohne die Stimmen der vielen Gewerbetreibenden unter den Wahlmännern, die in der 2. Abteilung gewählt worden waren, hätte die Sozialdemokratie nirgends siegen können. Diese alle aber haben nur deshalb sozialdemokratisch gewählt, weil die Genossen ihnen mit aller Offenheit, aber um so nachdrücklicher die Boykottierung ihrer Geschäfte in Aussicht gestellt hatten. Das Mittel, womit die nationalliberale Partei besonders und dann aber auch alle übrigen Regierungsparteien sich die Mehrheiten zu verschaffen gewußt haben, das wenden eben heute die organisierten Arbeiter sozialdemokratischer Färbung im Interesse der Sozialdemokratie an, und da sie wissen, daß bei der Landtagswahl in jenen Bezirken, wo die Arbeiterorganisationen die Macht zum Terrorismus noch nicht haben, für sie sicher nicht viel zu holen ist, so begeistern sie sich halt eben, wenn auch nur im geheimsten Kämmerlein ihres Herzens, für die geheime Wahl.

Die definitive Haltung des Zentrums zu den einzelnen Fragen steht natürlich noch nicht fest. Das Zentrum nimmt, was es an Verbesserungen zu erreichen vermag.

Gerichtliches.

Frankfurt a. M., 24. Febr. Die Frankfurter Wahlrechtsdemonstration vor Gericht. Die hiesige Strafkammer verurteilte heute den Schreiner Herkert, der bei den letzten Wahlrechtsdemonstrationen am 17. Februar einen Zug geführt hatte, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und groben Unfugs zu einer Gesamtgeldstrafe von 150 ℳ. Herkert marschierte an der Spitze eines Zuges und schrie laut: „Das freie und gleiche Wahlrecht hoch! Nieder mit der Reaktion, nieder mit der Polizeimacht!" Er war am 17. Februar verhaftet worden und blieb in Untersuchungshaft.

Westfalen — Rheinland.

Dülmen, 28. Febr. 1910.

Städtische Regiebetriebe.

Der handwerks- und handeltreibende Mittelstand hat heutzutage seine recht bösen Zeiten. Die Worte von dem goldenen Boden des Handwerks haben an ihrer früheren Wahrheit vieles eingebüßt. Der Kleingewerbebetrieb kann nur mit äußerster Anspannung aller seiner Kräfte auf dem Markte konkurrenzfähig bleiben, während das Großkapital ihm ein Feld nach dem anderen abgewinnt. Diese drückende Lage des Mittelstandes, der ehemals das bodenständige Bürgertum verkörperte, verschlimmert sich von Jahr zu Jahr, und es läge im Interesse des Staates und der Städte, einer weiteren Auflösung Einhalt zu tun. Statt dessen wird der gewerbliche Mittelstand als gute Geld gebende „Steuer"kuh immer stärker belastet. Man kann es daher wohl verstehen, wenn die Mittelständler sich nach Kräften selbst schützen und wenn sie zähe jede Erwerbsgelegenheit festhalten. Daher erklärt sich auch der heftige Widerspruch gegen die Ausdehnung der städtischen Regiebetriebe. Die großen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, jene meistens guten Einnahmequellen für die Kommunen, werden selbstverständlich fast stets als städtische Regiebetriebe ausgeschlossen, dagegen richtet sich der Widerspruch gegen die kleineren Unternehmungen, z. B. Müll- und Aschenabfuhr-, Straßenreinigungswesen und dergleichen, da man bei der Geschäftsführung dieser Kleinbetriebe durch die Stadt eine Reihe Unternehmer geschädigt glaubt. Es ist nun gewiß recht schwer, eine scharfe Grenze zu ziehen, was sich überhaupt als städtischer Regiebetrieb eigne. Dabei sprechen viele Umstände lokaler Art mit, und wer in X. praktisch und gerecht, der würde in Y. unpraktisch und ungerecht sein. Die einzelnen Kommunen müssen dabei nach reiflicher Prüfung die Interessen ihrer Kleingewerbetreibenden am besten zu schützen wissen. Im allgemeinen aber sollte man bei der Neuschaffung von städtischen Regiebetrieben die Bedürfnisfrage neben der Finanzfrage sorgfältig prüfen und selbst bei einem kleinen voraussichtlichen Gewinn des städtischen Betriebes nicht ohne weiteres die Schädigung einer Reihe Kleingewerbetreibender außer acht lassen. In großen Betrieben, wo die Kommunen als Großkapitalisten auftreten, kann man den Vorteil einer eigenen Betriebsausführung durch die Städte nicht ableugnen. Wenn es sich aber um kleine Unternehmungen handelt, dann ist es bedenklich, wenn die Städte als Konkurrenten ihres eigenen Mittelstandes auftreten wollen.

* **Der Himmel im März.** Die Sonne tritt in das Zeichen des Widders, erreicht den Aequator und macht zum erstenmale im Jahre Tag und Nacht einander gleich, d. h. es beginnt der Frühling am 21. März 1 Uhr nachmittags. — Der Mond: Am 4. März 8¾ Uhr vormittags letztes Viertel; am 11. März 1 Uhr mittags Neumond; am 18. März 4½ Uhr früh erstes Viertel; am 25. März 9¼ Uhr nachmittags Vollmond. — Die Planeten: Merkur ist unsichtbar. — Venus geht als Morgenstern 1½ Stunden vor der Sonne auf. — Mars ist bis 12 Uhr nachts im Westen sichtbar. — Jupiter ist anfangs des Monats von 9 Uhr ab, Ende des Monats die ganze Nacht sichtbar. — Saturn ist anfangs des Monats bis 9 Uhr, Ende des Monats bis 7½ Uhr abends sichtbar. — Bauernregeln: Märzenstaub ist's Lot einen Dukaten wert. — Ein grüner März bringt selten etwas Gutes. — Märzentau — Maienschnee. — Soviel im Märzen Nebel steigen, soviel im Sommer sich Wetter zeigen. Das Wetter im März nach dem 100jährigen Kalender: Den 2. bis 4. ist großer Wind, früh Schnee, dabei kalt; den 5. und 6. schöner Sonnenschein; den 7. bis 9. Regen; den 11. Schnee; den 12. rauh; den 13. bis 14. schön, aber früh Eis; den 15. Schnee; den 16. bis 18. hell, kalt, ebenso bis 21.; den 22. Regen und Schnee bis den 25.; da es gefriert, klar und schön; den 30. trübe und Regen.

* **Wind und Wetter.** Wir kommen aus den Depressionen oder Regengebieten nicht mehr heraus. Tag für Tag dasselbe einerlei, heftige Winde, grauer, düsterer Himmel, anhaltender Regen. Die rasche Reihenfolge, mit der die Tiefdruckgebiete vom atlantischen Ozean heranziehend, folgen, ist geradezu erstaunlich. Da jedoch ein kontinentales östliches Hoch schon seit längeren Tagen bestrebt war, sich westwärts auszudehnen, so hatten wir mehrfach infolge der Wechselwirkung zwischen Hoch- und Tiefdruckgebiet vorübergehend sonniges Wetter, das sich aber immer rasch wieder empfahl. Der eigentliche Winter, wenn wir von einem solchen überhaupt noch sprechen können, hat sich bereits, wenigstens in unseren Gegenden, seit Mitte des Monats nicht mehr blicken lassen und ernstere Vorstöße wird er überhaupt nicht mehr unternehmen. Während die erste Monatshälfte im ganzen niedrigere Temperaturen wie der Januar brachte, war es namentlich seit dem 17. Februar außerordentlich milde, einige Tage brachten bereits warmes Frühjahrswetter. Ursache war die nordsüdliche Richtung der Isobaren und die dadurch bedingte Luftzufuhr aus südlicheren Breiten. Besonders stark ausgeprägt war diese Wetterlage am Samstag, dem 19. Februar. Die Temperatur stieg an diesem Tage in den Nachmittagsstunden auf 14,5 Grad Celsius bei lebhaften Südwinden, selbst nachts blieb die Temperatur außerordentlich hoch, wie es sonst nur in den wärmeren Monaten geschieht, aber auch während der Folgetage blieb es außerordentlich milde, so daß die Tagesmaxima bei 10 Grad und darüber lagen. Ueberhaupt dürfte auch für die nächsten Wochen die Temperaturlage über der normalen bleiben, da die augenblicklichen Wärmeverhältnisse des Bodens und der großen Wasserflächen selbst bei Kälterückfällen sehr mäßigend einwirken würden. Die Vegetation paßt sich naturgemäß diesen milden Temperaturen an und ist verhältnismäßig weit vorgeschritten. Ueberall ein starkes Sprossen und Keimen, an Sträuchern und Gebüschen bereits das erste zarte Grün und das alles schon, da der Frühlingsmonat erst vor der Tür steht. Wenn keine bedeutendere Kälte mehr eintritt, wird die Vegetation zunächst der normalen Entwickelung etwa 8—14 Tage voranbleiben.

* **Strafbarkeit des Ausdrucks „minderwertig".** Ein Geschäftsmann, den die Ware eines Konkurrenten als „minderwertig" bezeichnet, kann nach einem kürzlich in höherer Instanz ergangenen Gerichtsurteil wegen Beleidigung bestraft werden. Denn nach dem allgemein gewählten Ausdruck „minderwertig" wird das kauflustige Publikum in den Glauben versetzt, daß die Ware nicht viel tauge. Wohl ist es das gute Recht jedes Geschäftsmannes, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß seine Ware besser sei als die billiger offerierte seines Konkurrenten (die Wahrheit dieser Behauptung vorausgesetzt); er muß dann aber dieses klar zum Ausdruck bringen und darf etwa die Bemerkung wählen, die Konkurrenzware sei seiner gegenüber als minderwertig zu bezeichnen. (Nachdr. verb.)

* **Paderborn**, 25. Febr. Eines der Opfer der großen Eisenbahnkatastrophe bei Altenbeken vom Jahre 1902, der Kaufmann D. Jacobson aus Berlin, ist nach langem Leiden verstorben. Der jetzt im Alter von 39 Jahren aus dem Leben Geschiedene war auf einer Geschäftstour begriffen und traf mit seinem älteren Bruder, der ebenfalls Geschäftsreisender war, zusammen. Beide Brüder fuhren eine Strecke miteinander, bis die Katastrophe bei Paderborn sie jäh trennte. Der ältere Bruder war sofort tot, der jüngere wurde schwer verwundet und hatte ein langwieriges Siechtum zu bestehen, von dem ihn jetzt der Tod erlöste.

Exter (Amt Blotho), 25. Febr. Erschossener Einbrecher. In der Nacht zum Donnerstag versuchte ein Fremder, dessen Persönlichkeit bisher nicht hat festgestellt werden können, bei dem Kolon Heinrich Reckfuß hierselbst einzubrechen. Reckfuß gab zu seiner Verteidigung einen Schuß ab, wodurch der Einbrecher getötet wurde.

* **Altena**, 25. Febr. Ueber das Selvesche Vermächtnis herrscht hier seit seinem Bekanntwerden große Freude. In allen Familien bildet es den Gesprächsstoff. Großzügig wie sein ganzes Lebenswerk ist auch Selves letzter Wille gewesen. Seine nach Tausenden zählenden Arbeiter und Arbeiterinnen sind bedacht worden. Viele von ihnen kommen dadurch in den Besitz von Summen, über die sie nie verfügt haben. Es gibt Beamte, die 50 Jahre im Dienst der Firma stehen, und jetzt 10 000 ℳ erhalten. Der Stiftungstag ist der 7. November. Wer an diesem Tage in einem unkündbaren Verhältnis zur Firma Basse und Selve stand, nimmt an den Wohltaten des Vermächtnisses teil. Eine Anzahl Witwen nebst Kindern, deren Ernährer nach dem 7. November vorigen Jahres gestorben ist, haben jetzt noch aus dieser Stiftung erkleckliche Summchen zu erwarten. Das Geld wird auf Verlangen am 1. März dieses Jahres ausbezahlt; wer will, kann es aber auch bei der Firma gegen 4,5 Prozent Zinsen stehen lassen. Zum Andenken an den verstorbenen Stifter, der in so hochherziger Weise seine Arbeiter und Angestellten bedacht hat, beabsichtigen diese, wie wir schon mitteilten, dem Geheimrat Selve eine Denkmal zu setzen, das auf der oberen Lüdenscheiderstraße auf dem Plateau vor der Tunneleinfahrt der K. A. S. errichtet werden soll. Der Berg wird mit entsprechenden gärtnerischen Anlagen versehen werden, und das Denkmal wird so aufgestellt, daß es Altena und die beiden Werke überschauen kann.

* **Bochum**, 25. Febr. Unschuldig hingerichtet? Anfangs der 80er Jahre wurden in der unmittelbaren Nachbarschaft Bochums grauenerregende Lustmorde an Frauen und Mädchen verübt. Als der Tat dringend verdächtig verhaftete man damals den Landstreicher Lesenbinder Schiff, einen etwas verblödeten Menschen, der sich wiederholt selbst bezichtigte, sein Geständnis aber widerrief und schließlich auf Grund eines vom Schwurgericht in Essen gefällten Urteils enthauptet wurde. Wie jetzt aus Essen gemeldet wird, soll Schiff unschuldig den Tod von Henkershand erlitten ha-

ven. Wie es heißt, hat sich der wirkliche Mörder erst jetzt gestellt, weil er angenommen hat, daß ihm nach Ablauf der Verjährungsfrist eine gerichtliche Verfolgung nichts mehr anhaben kann.

+ **Essen**, 25. Febr. Ueberfall auf eine Krankenschwester. Im Marienhospital in Altenessen überfielen heute nacht zwei Unbekannte eine im Keller beschäftigte Krankenschwester und machten ihr eine große Wunde am Unterleibe bei.

* **Düsseldorf**, 23. Febr. Vorgestern fand hier eine Versammlung der Landschaftsgärtner und Gartenarchitekten von Rheinland und Westfalen statt. Auf der Tagesordnung stand als Hauptpunkt die Frage: „Welche Maßnahmen können getroffen werden zur Wahrung der gemeinsamen Standesinteressen und zu Abstellung der Privattätigkeit der Gartenbeamten?" Es wurde eine Resolution angenommen, die besonders den Oberbürgermeisterämtern der größeren Städte zugesandt werden und worin um Unterlassung der Privattätigkeit an die städtischen Gartenbeamten ersucht wird. Sodann beschloß die Versammlung, einen Spezialausschuß zu bilden und solchen an den Verband der Handelsgärtner Deutschlands anzugliedern. Die Versammlung war zahlreich besucht.

Vermischtes.

Hannover, 23. Febr. Ein Heirats- und Darlehns-Schwindler gefährlichster Art stand in der Person des 1873 in Zuliusmühle bei Goslar geborenen, bereits mit einem Dutzend Monaten Gefängnis vorbestraften Reisenden Otto Koch vor Gericht. Anfang Oktober v. Js. kam er von Osnabrück nach Hannover, nachdem er kurz zuvor erst eine längere Strafe verbüßt hatte. Er meldete sich auf eine Heiratsannonce und kam hier mit einer heiratslustigen Witwe in Berührung. Mit dieser verlobte er sich, obschon er verheiratet ist. Durch seine Beredsamkeit verstand er es, sich sehr bald das uneingeschränkte Vertrauen der Witwe und seines zukünftigen Schwiegervater, eines wohlhabenden Privatmannes, zu gewinnen. Er führte sich als Vertreter einer Firma Stender u. Co. ein, während er tatsächlich zuletzt Provisionsreisender für eine Firma gewesen war, die ihn heute noch wegen begangener Betrügereien verfolgen läßt. Ueber seine Vermögensverhältnisse gab er an, er habe außer 2800 M festes Gehalt hohe Provisionen, Spesen und Prozente vom Umsatz. Seine Eltern besäßen ein Vermögen von über 120 000 M, sein Vater, der in Wirklichkeit Hüttenarbeiter ist, sei Bergwerksdirektor. 60 000 M habe er bar auf der Osnabrücker Bank deponiert usw. Weiter schwindelte er seiner Braut und seinem Schwiegervater vor, er habe als Einjähriger beim 74. Infanterieregiment gedient, sei Vizefeldwebel der Reserve und wollte in nächster Zeit „seinen Leutnant machen". Schwiegervater und Braut glaubten diesen Angaben Glauben. Deshalb fiel es dem Gauner auch nicht schwer, seinen Schwiegervater zur Ausstellung von zwei Akzepten über je 500 M zu veranlassen, wobei er angab, es handle sich bloß um einige Tage Aushilfe. Der Schwiegervater hat dann beide Akzepte einlösen müssen. Eines Tages kam Koch in einem Automobil vorgefahren, das er sich von der Firma H. für eine Probefahrt hatte geben lassen. In dem Automobil entführte er seine Braut von hier nach Braunschweig, Osnabrück, Berlin, Dessau und Wittenberg. Er blieb mit seiner Braut in Wittenberg längere Zeit und machte von dort Ausflüge nach Berlin usw. Das Automobil war ihm anvertraut worden, weil er sich auf seinen vermögenden zukünftigen Schwiegervater berufen hatte. In Hannover versuchte er nun als „Automobilbesitzer" noch umfangreiche Darlehnsschwindeleien auszuführen, namentlich bei Geschäftsleuten, die in der Nachbarschaft des Schwiegervaters wohnten. Mit dem nichtbezahlten Automobil düpierte er einen Generalagenten, dem er den Abschluß einer betrachtlichen Versicherung zusicherte. Nach eintägiger Bekanntschaft wußte er den Generalagenten zu veranlassen, ihm 500 M gegen Sichtwechsel zu leihen. Der Schwindler, der ferner von Hildesheim wegen Schwindeleien verfolgt wird, operierte auch mit gefälschten Quittungen. Die Braut war über die Verhaftung ihres Verlobten unglücklich und konnte gar nicht glauben, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war. Das Gericht berücksichtigte die ehrlose Gesinnung, die der Angeklagte an den Tag gelegt hatte, und verurteilte ihn zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Frankfurt a. M., 24. Febr. Dieser Tage wurde hier in einer Schlußsitzung des Hauptausschusses für den Männergesangwettstreit vom vorigen Jahre das finanzielle Ergebnis mitgeteilt. Es ist ein sehr günstiges, da ein Ueberschuß von 115 210 M erzielt wurde. Bei dem Ueberschuß kommt noch in Betracht, daß diesmal kein städtischer Zuschuß geleistet wurde, der früher 100 000 M betrug. Der Ueberschuß fließt der Festhallengesellschaft zu, die auch das ganze finanzielle Risiko übernommen hatte.

Zweibrücken, 24. Febr. Der Prinzregent begnadigte den vom hiesigen Schwurgericht wegen Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilten Mörder Schlindwein aus Ludwigshafen zu lebenslänglichem Zuchthaus.

69 vom Untersuchungsrichter 2 am katholischen Landgericht in Metz als katholisch bezeichnet. Die Anstellung eines Grabkreuzes ist beim katholischen Pfarramt Maizieres weder beantragt noch von ihm verweigert worden. Die Darstellung des Falles durch den evangelischen Pfarrer Villaereth ist gelinde gesagt, als ein objektive Unwahrheit zu bezeichnen.

Metz, 25. Febr. „Ein neuer Kirchhofsskandal in Lothringen." Unter diesem Titel veröffentlichen verschiedene Blätter eine längere Zuschrift des evangelischen Pfarrers Villaereth aus Sand bei Rehl, wonach der katholische Pfarrer Brech von Maizieres den erstochenen Schreinergesellen Rudolf Probst aus Sand, obwohl er evangelisch war, nach katholischem Ritus beerdigt und die Aufstellung eines Kreuzes auf dem Grabe verweigert habe. Folgendes kurz zur Richtigstellung: [illegible] Probst wurde in durchaus als katholisch von Schreinermeister Masson, [illegible] Maizieres angemeldet und ist nach dem Standesamts-Sterberegister 1908 Nr.

Eine verbrecherische „Eidgenossenschaft". Im vergangenen Jahre wurde in zwei verschiedenen Gerichtsverhandlungen zu Aachen die Tatsache festgestellt, daß sich im Hinterlande von Jülich und Düren eine Vereinigung zu dem Zwecke gebildet hatte, sich in allen möglichen Straf- und Zivilprozessen durch Ableistung der frivolsten Meineide gegenseitig zu schützen. Die Vereinigung führte im Volksmunde den Namen „Eidgenossen" oder „Meineidsbande". Als Haupt und Organisator dieser Bande galt allgemein der zu Lich [illegible] im Kreise Jülich wohnende Drechsler Matthias Spohr. Nachdem bereits mehrere seiner „Genossen" zu Zuchthaus verurteilt worden sind, gelang es, auch ihn abzufassen. Gelegentlich eines belanglosen Holzdiebstahlsprozesses gegen drei „Genossen" traten als „Schutzzeugen" der genannte Drechsler Matthias Spohr der Fabrikarbeiter Fournier aus Giesendorf und dessen Ehefrau Luise als Zeugen auf und bekundeten unter Eid, daß die Angeklagten unschuldig seien. Darauf wurde ein Verfahren wegen Meineids gegen die Genannten eingeleitet, in dessen Verlauf das Ehepaar Fournier ein Geständnis ablegte. Die jetzige Verhandlung vor den Geschworenen endete mit der Verurteilung der Frau Fournier zu 1 Jahr Zuchthaus, des Mannes Fournier zu 2 Jahren Zuchthaus und des Matthias Spohr zu 6 Jahren Zuchthaus; außerdem wurde auf die üblichen Nebenstrafen erkannt.

Nachbarskinder.

Original-Roman von Irene v. Hellmuth.

12) —÷— (Nachdr. verb.)

Sie hätte sich kaum ungünstiger ausdrücken können. Mit einer heftigen Bewegung schleuderte er ihre Hand weg, die noch immer auf seinem Arme lag.

„Gehen Sie und treten Sie mir nicht mehr in den Weg!" rief er zornig, und es tat ihm doch jedes Wort weh, das er hervorstieß. „Ich wollte ich hätte Sie nie gesehen; elend haben Sie mich gemacht, elend für mein ganzes Leben! Was wollen Sie denn noch? Ist es noch nicht genug?"

Die beiden waren so ausschließlich mit sich selbst beschäftigt, daß sie nicht merkten wie nebenan die Haustür geöffnet wurde und Frau Linde, von Hilda und deren Mutter bis zum Ausgang begleitet, heraustrat.

Die laute, erregte Stimme Sigmunds tönte bis hierher. Heftig erschrocken kam die alte Dame auf das Paar zu und schüttelte ihren Sohn energisch am Arm.

„Was bedeutet das?" schrie sie ihn an, so zornig, wie er ihre Stimme noch nie vernommen. „Wie kommst Du hierher, was kümmert Dich das Mädchen noch?"

„Ich ging eben vorüber, und da — —"

Seine Mutter ließ ihn nicht ausreden.

„Und da hat sich das saubere Fräulein wohl auf die Lauer gelegt, bis Du kamst?" vollendete sie hohnvoll. „Ich will doch nicht hoffen, daß Du Dich jemals übertölpeln läßt? Und Sie," wandte sie sich an Eva, die hoch aufgerichtet dastand „lassen Sie ab von meinem Sohne; es hilft Ihnen nun nichts mehr, er ist für Sie verloren! Wozu also die Mühe?"

„Meine Mutter ist schwer krank," verteidigte sich Eva schluchzend, „und da wollte ich Hilfe holen für die Aermste!"

Fast schien es, als beabsichtige Sigmund, ins Haus zu eilen, doch seine Mutter, die dies bemerkte, hielt ihn am Arme fest. „Da hinein kommst Du nicht!" rief sie außer sich und zeigte Lust, ihn mit Gewalt zurückzuhalten.

„Brechen wir diese Szene ab," murmelte er und wandte sich zum Gehen. Er schaute nicht zurück, obgleich ihm das Herz still zu stehen drohte vor Schmerz. Ein unsägliches Mitleid mit dem armen, geängstigten Mädchen überkam ihn plötzlich. Wenn die Mutter stürbe und Eva ganz allein sein müßte? Er hätte vielleicht helfen oder wenigstens eine Erleichterung schaffen können.

Das Schluchzen Evas klang ihm noch in den Ohren, während seine Mutter ihm erzählte, mit welcher Bereitwilligkeit die „lieben Nachbarn" das Geld hergeben wollten. Eine Bagatelle, eine Kleinigkeit hatten sie die Summe genannt, die nötig war, um alles zu decken. Und von einer Verzinsung wollten die „guten Leute" erst recht nichts wissen, die Rückzahlung könne ganz nach Belieben erfolgen, es eile damit durchaus nicht. Sie hätten genug und übergenug und freuten sich, dem langjährigen Nachbarn diesen kleinen Dienst erweisen zu dürfen. Frau Sennebach hätte Mutter und Sohn für den folgenden Abend zu einem „kleinen, einfachen Imbiß" eingeladen, selbstverständlich könne man das nicht ablehnen.

Noch lange sang Frau Linde das Loblied der „treuen Freunde", während Sigmund mit finsterem Gesicht dabei saß und kaum hinzuhören schien.

„So, nun bist Du vorläufig aus der Patsche heraus," schloß die heute ungewöhnlich redselige Frau ihren langen Bericht.

„Aber hüte Dich vor Wiederholungen, ein anderesmal helfe ich Dir nicht mehr. Und — die Sache mit — Hilda überlegst Du Dir noch, wie? Es ist wirklich ein nettes Mädchen, da wärst Du aus allem heraus, wenn Du sie nähmst."

Er machte eine ungeduldige Handbewegung.

„Nun, wie Du willst," brummte Frau Linde, „ich meinte es gut mit Dir."

Schon im Hinausgehen wandte er nochmals den Kopf zurück.

„Du hast heute der Marie gekündigt, — mußte denn das unbedingt sein, Mutter?"

„Jawohl, es mußte sein," klang es in hartem Ton zurück, „den Luxus eines Dienstmädchens kann ich mir nun nicht mehr erlauben."

„Gute Nacht," sagte er mißmutig, dann ging er.

Aber es litt ihn nicht in seinem stillen Zimmer. Unaufhörlich mußte er an die angstvollen Worte Evas denken. Er horchte hinaus, alles war still, nur aus der Küche nebenan drang ein schwaches Geräusch. Das Dienstmädchen wichste die Stiefel.

Und das, sowie alle die anderen niedrigen Hausarbeiten sollte in Zukunft die Mutter allein verrichten? Und um seinetwillen? Nein, — das durfte nicht geschehen.

Als alles im Hause ruhig war, schlich er hinunter. Er wollte noch einmal nach Eva sehen.

Unangefochten kam er auf die Straße, dann stand er lauschend vor dem kleinen, schmalen Hause. Der matte Lichtschein drang noch immer durch die Ritze des Fensterladens, doch drinnen regte sich nichts. Lange stand er da und starrte vor sich hin. Aber seinen Vorsatz, hineinzugehen und nach der Kranken zu sehen, führte er nicht aus. — — —

* * *

Doktor Linde verkehrte jetzt häufig mit Sennebachs. Auch seine Mutter kam ab und zu, um ein Plauderstündchen mit ihrer „lieben Nachbarin" zu halten. Freilich, ganz nach ihrem Geschmack war die Unterhaltung mit Frau Sennebach nicht. Dieselbe hatte eine eigentümlich scharfe, schrille Stimme, und wenn sie, was häufig geschah, einige Fremdwörter einfließen ließ, die sie regelmäßig falsch anwandte, dann überlief die fein gebildete Nachbarin jedesmal eine gelinde „Gänsehaut". Frau Sennebach hatte die eigentümliche Manier, alles nach seinem Wert zu taxieren und bei jedem Ding hinzuzufügen, was es gekostet hatte.

War sie im Theater, so erzählte sie am andern Tage von der billigen Toilette der Frau Kanzleirat, vor dem billigen Seidenstoff, den die Frau Buchhalterin stets zu ihren Blusen verwandte von dem geschmacklosen Kleide dieser und jener, aber von dem aufgeführten Theaterstück selbst hatte sie gewöhnlich so viel wie nichts begriffen.

Sennebach dagegen war ein gemütlicher alter Herr, nur sehr von sich und seiner — Seife eingenommen. Er schleppte Sigmund sogar einigemale mit in seine Stammkneipe, wo der junge Doktor sich immer noch besser unterhielt als zu Hause. Der häufige Verkehr zwischen den beiden Familien konnte natürlich nicht unbemerkt bleiben, und die guten Leute munkelten längst davon, daß Sigmund und Hilda bald ein Brautpaar werden würden. Frau Sennebach tat nichts, dieses Gerücht zu widerlegen. Wenn sie gefragt wurde, ob man gratulieren dürfe, zuckte sie nur mit vielsagendem Lächeln die Achseln und sagte: „Noch nicht — aber wahrscheinlich bald."

Die Verkäuferinnen des Sennebachschen Geschäfts erzählten den zahlreichen Kundinnen unter dem Siegel der Verschwiegenheit, daß es bald eine Verlobung im Hause geben würde, und richtig, eines schönen Tages nahm der alte Sennebach den jungen Doktor mit sich, um ihm bei dieser Gelegenheit ein wenig „auf den Zahn zu fühlen", wie seine Frau ihm aufgetragen hatte. Es wurde dem ehrlichen Manne herzlich sauer, denn er war kein Diplomat, wie er selbst sagte. Deshalb fiel er auch gleich mit der Tür ins Haus.

„Und kurz und gut, mein lieber junger Freund," schloß er halb ärgerlich, halb lachend seine ungeschminkte Rede, „die Hilda ist Ihnen von Herzen gut, und mir und meiner Alten sind Sie als Schwiegersohn willkommen, wir können uns keinen besseren wünschen. Ihre Frau Mama ist auch einverstanden, also, was wollen Sie noch? Das Mädel bekommt außer einer feinen Ausstattung einen schönen Happen Geld mit — 30 000 Mark bar, später nochmal so viel, also — topp — eingeschlagen, Schwiegersohn! Jung gefreit, hat nie gereut!"

Sigmund wollte etwas erwidern, etwas Herbes, Bitteres — aber als er in die lustig zwinkernden Aeuglein Sennebachs sah, blieb ihm das Wort in der Kehle stecken. Schließlich war es auch ganz gleichgiltig, was jetzt noch kam. Es blieb ihm wenigstens die Möglichkeit, seiner Mutter ein sorgenfreies Alter zu schaffen, sie hatte es verdient um ihn.

Es war seine Pflicht, dafür einzustehen; denn daß ihr die Rückzahlung des Kapitals schweren Kummer bereitete, wußte er ganz genau.

Als er einmal gelegentlich eines Besuches Hilda allein und mit rotgeweinten Augen traf, und er auf die Frage, was sie denn quäle, zur Antwort erhielt: „Das kann ich Ihnen am wenigsten sagen," da wußte er es, das Mädchen grämte sich um seinetwillen.

Hilda blickte ihm dann so eigentümlich zärtlich und doch vorwurfsvoll in die Augen, daß es ihm eine Sekunde lang warm ums Herz wurde.

„Hilda," begann er gepreßt, „warum wollen oder können Sie mir nicht anvertrauen, was Ihnen fehlt?"

Sie senkte errötend den blonden Kopf.

„Weil — ein Mädchen so etwas seinem Manne niemals bekennen darf, das verbietet die gute Sitte."

Unter ihrem Blick fühlte er sich seltsam beklommen. Er erfaßte ihre Hand und drückte sie leise. Er wußte, es bedurfte nur eines einzigen Wortes, und dies Mädchen war sein. Ihre Hand bebte in der seinigen, ihr Atem flog, sie war ihm so nahe, daß ihr Haar seine Wange streifte — und da — schlang er plötzlich den Arm um sie und fragte: „Hilda, — Du hast mich lieb? Willst Du meine Gefährtin sein auf dem ferneren Lebenswege, mein guter Kamerad?"

Sie klang eigentümlich, diese Werbung, so kühl und gemessen, nichts von Zärtlichkeit lag in seinen Worten. Er wollte noch mehr hinzufügen von Pflichterfüllung, von dem ehrlichen Bestreben, sie glücklich zu machen, und daß er Eva geliebt, ihr also nicht ein ganzes, volles Herz entgegenbringen könne, — doch das alles ging unter in dem Jubelruf des Mädchens. Er konnte gar nicht mehr zu Worte kommen.

Gleich einem entfesselten Strom floß es von Hildas Lippen. Sie erzählte ihm in fliegender Hast, daß sie ihn lange schon liebe, daß sie nicht begreifen könne, wie er es nicht längst gemerkt wie seine Kälte und Gleichgültigkeit sie beinahe um den Verstand gebracht habe, und wie sie sich freue, ihm das endlich sagen zu dürfen.

Hildas Gefühlsausbruch schien gar kein Ende nehmen zu wollen, und Sigmund wandte sich ab, um sein Unbehagen zu verbergen. Ein gequälter Ausdruck lag auf seinem hübschen Gesicht. Er atmete wie befreit auf, als Sennebach ins Zimmer trat. Hilda flog dem Vater entgegen und hing sich an seinen Hals. Er erriet sofort den Zusammenhang, trat auf Sigmund zu und schüttelte ihm bewegt und wortlos die Hand.

Anders bei Hildas Mutter.

Sigmund mußte wiederum einen Redeschwall aushalten, der ihn fast zur Verzweiflung brachte.

Die Verlobung sollte durch ein „korpulentes" Mahl gefeiert werden. Daß Hilda die Mutter durch den Einwurf „opulent heißt es, Mama" — korrigierte, merkte diese gar nicht, weil sie eben an den Fingern alle die „korpulenten" Gerichte aufzählte, die man den Gästen vorsetzen wollte. Alles mußte so vornehm werden, wie in den besten Familien. Der Kostenaufwand brauchte nicht in Betracht gezogen zu werden, denn — man hatte es ja dazu.

Zuerst mußte natürlich „Kaffiar" kommen, dann verschiedene Braten feinster Sorte, „Kapriol" und alle sonstigen feineren Gemüse, nicht zu vergessen die „Hummermagnesia".

Hilda drückte die Hände an die Ohren.

„Mama, hör auf, man bekommt sonst gleich Lust nach all den Herrlichkeiten, die Du uns aufzählst."

„Und wenn man das alles gegessen hat, nachher kriegt man — Leibweh," bemerkte der Alte und lachte laut über seinen famosen Witz.

Das Einzige, was Sigmund Freude machte an diesem Abend, waren die glücklichen Augen seiner Mutter, als er, heimkehrend, sie noch wach fand und ihr von seiner Verlobung erzählte. Zum erstenmal sah er sie wieder heiter und fröhlich. Sie faltete die Hände, und Tränen der Freude liefen ihr über die Wangen.

„Werde glücklich, mein Junge, und Gott segne Dich!" sagte sie bewegt. „Mir fällt eine Zentnerlast vom Herzen."

„Aber Hildas Mutter ist schrecklich," warf er ein.

„Sei zufrieden, Du heiratest ja nicht die Mutter, sondern die Tochter."

In seinem stillen Zimmer saß er dann noch lange und starrte in die trübe brennende Flamme der Petroleumlampe.

Aber leichter wollte es ihm nicht ums Herz werden.

XII.

So war Hilda denn Braut. Es gefiel ihr sehr, Braut zu sein. Wenn sie am Arm des schönen, stattlichen Mannes die Straße hinunterschritt und hörte, wie die Leute hinter ihnen die Fenster aufrissen und ihnen nachschauten, dann pochte ihr das Herz vor Stolz und Freude. Man beneidete sie um den Bräutigam, das wußte Hilda; besonders Eva machte immer so sonderbare Augen, wenn sie ihr bei gelegentlichen Besuchen von ihrem großen Glück erzählte und wie zärtlich und aufmerksam Sigmund war. Hilda übertrieb dabei freilich stark, aber das konnte nicht schaden; denn sie wußte, Eva hatte sich eine Zeit lang eingebildet, der Doktor sei in sie verliebt — deshalb mußte man es der Freundin unwiderleglich beweisen, daß alle und jede Hoffnung auf seinen Besitz ganz und für immer dahin sei. Eva wäre auch keine Partie für den Doktor gewesen, das sagte Hildas Mutter, die Frau Seifenfabrikantengattin Sennebach, immer. Lieber Gott, man mußte doch leben, und dazu gehört vor allem Geld, viel Geld und Eva besaß nichts, das wußte jeder. Und der Doktor? Na ja, der besaß vorläufig auch nichts, aber das würde schon kommen unter ihrer — Frau Sennebachs — Protektion. Die jungen Leutchen sollten recht glücklich werden. Die redselige Frau erzählte allen Bekannten, wie ungestüm und ungeduldig der junge Verlobte ihrer Tochter wäre, daß er darauf dringe, die Hochzeit schon in vier Wochen folgen zu lassen.

„Er läßt einem in seiner Verliebtheit nicht einmal Zeit, die Aussteuer richtig zu besorgen, als ob man so etwas über das Knie brechen könnte," schloß sie gewöhnlich seufzend ihre vorgebrachten Klagen.

Die Aussteuer machte der Frau Sennebach freilich viel Sorge, nicht wegen der damit verbundenen Ausgaben, Gott bewahre, und weil sie beinahe alles allein zu besorgen hatte, denn „Hildchen, das Goldkind", kümmerte sich durchaus um gar nichts, sie ließ der Mutter freie Wahl und hatte nur einen Gedanken, den an ihren Bräutigam. Obwohl zwei Hausnäherinnen immerzu mit der Aussteuer beschäftigt waren, und ein großes, sehr leistungsfähiges Stickereigeschäft mit den einschlägigen Aufträgen betraut wurde, war es doch nicht möglich, alles in der kurzen Zeit fertig zu bekommen, und Frau Sennebach bestürmte — wie sie erzählte, — täglich ihren Schwiegersohn um eine neue Frist von zwei Wochen. Doch er wollte ja von einem Aufschub immer nichts hören.

Wenn Mutter und Tochter auch in allem stark übertrieben, in dem letzteren Punkte sprachen sie die Wahrheit. Ja, Doktor Linde drängte mit der Hochzeit, weil er hoffte, wenn erst das Band zwischen ihm und Hilda fest geknüpft sei, wenn es kein Entrinnen und kein Zurückweichen mehr gab, dann mußte es auch ruhiger in ihm werden, dann mußten die Gedanken sich bannen lassen, die Gedanken an Eine, die er nicht vergessen konnte und doch so gern vergessen hätte. Es war ja Sünde, daß er immer noch an sie dachte, Sünde gegen seine Braut, die in kindlichem Vertrauen zu ihm aufsah und nicht ahnte, daß das Herz ihres Bräutigams einer anderen gehörte. Wenn erst die Hochzeit vorüber war, mußte das alles ja anders werden. Dann hatte er eine liebe, kleine Frau, die, wenn sie auch wenig Verständnis für seinen Beruf zeigte, ihm doch von Herzen zugetan war, und das mußte auch ihn mit der Zeit erwärmen und versöhnen. Mit Hilda allein würde er schon auskommen, redete er sich in schlaflosen Nächten vor, aber ihre Mutter, — diese war ihm geradezu unerträglich mit ihrer unfeinen Art, mit ihrer gräßlichen Fremdwörter-Verwechslung, die ihr von seiten des Gatten manch derben Verweis zuzog.

Die täglichen Visiten, die der Doktor anstandshalber bei seiner Braut machen mußte, wurden ihm nachgerade zur Qual. Er fühlte es selbst, er war kein zärtlicher Bräutigam. Manchmal machte er sich Vorwürfe über seine Kälte, da Hilda ihm doch mit solch rührender Zutraulichkeit entgegenkam. Aber er konnte es nicht ändern, so viel Mühe er sich auch gab, und oft fragte er sich angstvoll, ob es nicht doch besser wäre, die Verlobung rückgängig zu machen. Freilich, einen Höllenskandal würde es geben, das verhehlte er sich keineswegs, aber war derselbe schließlich nicht einem Leben voll Lüge, voll Verstellung vorzuziehen? Doch seine Schulden, an die er bisher kaum noch gedacht! Würden die Eltern seiner Braut nicht unverzüglich ihr Geld zurückfordern? Wären sie dabei nicht vollständig im Rechte? Und welches Recht hatte er denn, ein unschuldiges, vertrauendes Mädchen in solcher Weise zu kompromittieren? —

Solche und ähnliche Gedanken quälten den jungen Mann stets, wenn er in seinem einsamen Zimmer saß und zu arbeiten versuchte. Das wissenschaftliche Werk, das er schreiben wollte, war über die ersten Seiten noch nicht hinausgekommen. Immer warf er ungeduldig die Feder wieder hin, wenn er sie kaum in die Hand genommen. „Wenn ich erst verheiratet bin," tröstete er sich.

Würde es dann anders werden? „Es muß", sagte er ganz laut, daß er beinahe über seine eigene Stimme erschrak. „Will ich denn wirklich heiraten?" setzte er sein Selbstgespräch fort. Aufspringend lief er im Zimmer hin und her. „Aber es wäre doch eine Niederträchtigkeit, eine Schändlichkeit! Nein, — nein, — es gibt kein „Zurück" mehr, darum nur vorwärts, — vorwärts!"

(Fortsetzung folgt.)